

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen am 23.9.1955 mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem dänischen Staatsminister H.C. Hansen (am Mikrophon). Den Vorschlag der deutschen Seite, einen Minderheitenvertrag abzuschließen, lehnte Dänemark ab. Minderheitenprobleme waren aus Sicht Dänemarks als innere Angelegenheiten anzusehen, die alleine durch die innere Gesetzgebung eines jeden Landes zu lösen seien.

- *Schleswig-Holstein: Hart umkämpfte Regierungsbildung; SSW: Sind nur unserem Programm verpflichtet – Seite 4*
- *Vorbild Skandinavien? – Plus- und Minuspunkte des „skandinavischen Modells“ – Seite 8*
- *Berliner CDU streitet um die Bedeutung des 8. Mai 1945 – Seite 12*
- *EU-Dienstleistungsrichtlinie in der Kritik – Seite 15*
- *Joseph Conrad, Herz der Finsternis, neu gelesen – Seite 19*

Ausgabe Nr. 5 am 10. März 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Gute Geschäfte, schlechte Geschäfte

HB, 5.3. maf. Die Aufträge, die Schröder bei seiner Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate akquiriert hat, dürfen nicht als Wettbewerbserfolg der BRD-Industrie missverstanden werden. Sie beruhen auf der dammbuchartigen Genehmigung von Waffenexporten, die erfolgte, ohne dass diese Staaten internationale Rüstungskontrollverträge unterzeichnet hätten, das ganze begleitet von matten Missfallensäußerungen der Grünen. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, dass der A(tomar)B(biologisch)C(hemisch)-Abwehr-Spürpanzer Fuchs, von dem am lautesten geredet wird, ein defensives Militärgerät sei. Das ist eine echte Halbwahrheit. Gerade der aktive Einsatz von ABC-Waffen setzt die Fähigkeit voraus, deren Wirkungsfeld möglichst genau zu lokalisieren, damit nicht die eigenen Truppen ins Verseuchte laufen. Für die BRD war die Entwicklung der ABC-Abwehr-Waffengattung eine Möglichkeit, bei der für sie international verbotenen Entwicklung von ABC-Waffen wenigstens Anschluss zu halten. Denn wie sollte man das Abwehr- und Spürgerät entwickeln und testen, ohne die Waffenwirkung wenigstens im kleinsten Maßstab darstellen zu können? – Am Ende von Schröders Reise bleibt ein trauriges politisches Ergebnis, nämlich die ungezügelter und unkontrollierter Aufrüstung der VAR, eine üble strukturierende Rückwirkung auf die BRD-Industrie, die auf Rüstungsgeschäfte orientiert wird. Die zivilen Aufträge, die Rede ist von Verkehr, Wasseraufbereitung, Bildung, werden nicht wegen der Qualität der Produkte, sondern nur als Beigeschäft zur Rüstung erteilt. Die Aufrüstung der Vereinigten Arabischen Emirate dürfte sich vor allem gegen den schiitischen Iran richten.

Vierergipfel soll gemeinsame EU-Politik abstimmen

FAZ, 5.3. hav. Nachdem Schröder auf seiner Arabienreise, die Rolle der BRD als weltweit agierende Mittelmacht neu definierte, wird auf der europäischen Ebene das neue Selbstbewusstsein umgesetzt. Frankreich, Deutschland, Russland und Spanien wollen bei einem informellen Vierergipfel ihre europäische und internationale Politik abstimmen. Zu dem Treffen erwartet der französische Staatspräsident Chirac am 18. März den russischen Präsidenten Putin, Bundeskanzler Schröder und den spanischen Ministerpräsidenten Zapatero in Paris, teilte das französische Präsidialamt am Freitag mit. Das Treffen ist das erste in dieser Zusammensetzung. Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Paris geht es unter anderem darum, zwi-

schen der EU und Moskau vielfältige Formen des Dialogs aufzubauen. Außerdem solle Spanien, das eine Rolle als Motor beim Aufbau Europas spielen wolle, in den bereits seit einiger Zeit geführten Meinungsaustausch Frankreichs, Russlands und Deutschlands einbezogen werden. Der französische Außenminister Barnier hatte im Januar gesagt, der Vierergipfel werde sich unter anderem mit den umstrittenen Atomplänen Teherans befassen. Eine festgelegte Tagesordnung werde es nicht geben. Frankreich, Deutschland und Russland hatten vor dem Irak-Krieg, den sie entschieden ablehnten, begonnen, ihre Außenpolitik abzustimmen. Spanien schloss sich nach dem Wahlsieg des Sozialisten Zapatero vor einem Jahr der kritischen Haltung zum Irak-Krieg an.

Streit um Kompetenzen des zukünftigen EU-Außenministers

FAZ, 2.3. hav. Wenn im Herbst nächsten Jahres die Verfassung der EU in Kraft tritt, wird als politisch und institutionell bedeutendste Neuerung das Amt eines europäischen Außenministers geschaffen. Schon im vergangenen Sommer, beschlossen die Staats- und Regierungschefs, Javier Solana, den Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, als ersten EU-Außenminister zu berufen. Darüber hinaus erhielten Solana, der auch Generalsekretär des Ministerrates ist, und der neue Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, den Auftrag, mit den Vorarbeiten für die Bildung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes zu beginnen. Nach monatelangen Beratungen haben sie jetzt ein gemeinsames Papier vorgelegt, das als „Grundlage für eine erste Diskussion mit den Mitgliedstaaten“ dienen soll. Das Europäische Parlament, das laut Verfassungsvertrag in dieser Frage angehört werden muss, hat schon im Sinne der EU-Kommission Partei ergriffen. Ein Bericht und Entscheidungsentwurf, den der Abgeordnete und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Elmar Brok, vorgelegt hat, spricht sich dafür aus, den Europäischen Auswärtigen Dienst „logistisch, administrativ und haushaltsmäßig in vollem Umfang in die Dienste der Kommission einzugliedern“. Nur so könne vermieden werden, „dass eine der politischen Kontrolle weitgehend entzogene, organisatorisch verselbstständigte Einrichtung oder Agentur entsteht“. Brok sagte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, ein autonomer diplomatischer Dienst sei „unakzeptabel“ und zeigte sich verwundert, dass die Kommission sich überhaupt auf einige der in dem Diskussionspapier enthaltenen Formulierungen

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

rungen eingelassen habe. Die Schaffung eines autonomen diplomatischen Dienstes der EU, befürchtet Brok, würde in der Außenpolitik selbst bei den Gemeinschaftsaufgaben die intergouvernementalen Einflüsse stärken und die Zuständigkeit der Kommission – und damit auch die des Europäischen Parlaments – letztlich auf die Binnenmarktkompetenzen beschränken.

Mehr Rechte für Illegale?

Handelsblatt, KNA, 3.3. rül. Mit einem „Manifest illegale Zuwanderung“ (zu finden unter www.forum-illegalitaet.de) haben sich Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften und verschiedener Parteien an die Regierungen in Bund und Ländern gewandt und eine bessere Rechtsstellung für sogenannte „Illegale“, d.h. für Personen ohne staatliche Aufenthaltsgenehmigung gefordert. Zu den Betreibern gehört der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky, der sich schon lange für eine bessere Rechtsstellung dieser Menschen einsetzt und der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz vorsitzt. Bis zu eine Million Menschen, so die Schätzungen, leben derzeit hier ohne amtliche Aufenthaltsgenehmigung. Selbst humanitäre Hilfe für sie ist nach dem seit 1.1.05 geltenden Zuwanderungsgesetz weiter von Strafverfolgung bedroht. Eine Strafbefreiung für Ärzte, Lehrer, Anwälte oder Sozialarbeiter, die Kinder an Schulen unterrichten, ohne den Aufenthaltstitel der Eltern zu kontrollieren, Kranke behandeln oder diese Menschen beraten, wenn ihnen Arbeitgeber keinen Lohn zahlen, war in der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz von PDS, FDP, Kirchen und anderen immer wieder gefordert worden. Schily, Koch, Beckstein & Co. lehnen das bis heute ab. Das Manifest ist ein neuer Versuch, Verbesserungen zu erreichen. Sogar das „Handelsblatt“ unterstützt den Appell. Die Forderungen seien kein „naives Gutmenschentum“, sondern realistisch, schreibt das Blatt. „Ideologisch ist die geltende Politik, wonach illegale Zuwanderung dadurch zu vermeiden ist, dass ein illegaler Migrant in Deutschland auf ewig und in jeder Hinsicht ein Rechtloser bleibt. Diese Praxis entfaltet keinerlei Abschreckungswirkung, weil sich die Gesetze der Ökonomie nicht knebeln lassen: das enorme Wohlstandsgefälle an den EU-Grenzen ... Wäre es anders, dann lebten die Hunderttausende oder Millionen Migranten nicht unter uns, die unsere Wohnungen putzen, Teller waschen und den Herren der Schöpfung zur Triebabfuhr verhelfen ...“ Die USA und Spanien hätten schon mehrfach Illegalen eine Legalisierung des Aufenthalts erlauben. „Soziale Grundrechte wären nicht nur ein Gewinn an Humanität, sie würden Illegalen weniger hilflos gegenüber Schleu-

Dein Gott ist kein Gott ...

FAZ, 5.3. maf. Im Rahmen von Hintergrundgesprächen mit Repräsentanten des Islams in der BRD interviewte die FAZ (9.2.) Mehmet Yildiri und Bekir Alboga von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib). Beide äußerten sich irritiert und verwundert über eine Bemerkung Bischof Hubers von der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), der gesagt habe, dass der christliche und der muslimische Gott vielleicht nicht ganz derselbe sei. Sie hätten so etwas noch nie gesagt. Sie wollten die Unterschiede nicht verschweigen, keine Mischreligion, keinen Synkretismus, aber den Fundamentalismus, der es so schwer mache, friedlich in den Gesellschaften zu leben, überwinden. Deswegen könne man nicht oft genug betonen, dass Juden, Christen und Muslime an den Einen Gott glauben. Am 5.3. annoncierten die „Vereinigung der Initiativkreise kath. Laien und Priester im deutschen Sprachraum e.V.“ und „Pro Sancta Ecclesia, Initiative katholischer Laien und Priester e.V.“ in derselben Zeitung. Schlagzeile: „Appell an die deutschen Bischöfe: Bewahren Sie unsere Kinder vor multi- und interreligiösen Feiern!“ Zur Wahrung von Friede und Toleranz bedürfe es keiner gottesdienstlichen Feiern mit Angehörigen anderer Religionen und der „Anrufung anderer Götter“; die Gefahr der Verletzung des ersten Gebotes sei gegeben. Die Aussage der (katholischen) Deutsche Bischofskonferenz, „Christentum und Islam stellen zwei verschiedene Zugänge zu demselben Gott dar“ müsse zurückgenommen werden. – Gesellschaftlich interessant an diesem Streit um Gott ist die Freiheit zum Bekenntnis, politisch praktisch das Recht, Anforderungen aus der Gesellschaft durch Verweis auf das eigene Gewissen abzulehnen. In der archaischen Unantastbarkeit des „einen Gottes“ ist die Vorstellung unantastbarer Gewissensfreiheit angelegt. In der Aussage: Dein Gott ist in meinem Sinn kein Gott lauert die Drohung: Du bist kein Mensch wie ich.



sern und gesetzlosen Arbeitgebern machen.“ Eine unterstützenswerte Kampagne also, und ein interessanter Gegenstandspunkt aus der Wirtschaftspresse zur wüsten „Visa + kriminelle Schleuser + Huren-Kampagne“ von Union, FDP, Springerpresse und „Spiegel“ in Sachen Ukraine.

Dr. Remzi Kartal wieder frei !

Azadi, 2.3. alk. Am 1. März hat das Oberlandesgericht Bamberg den Antrag der Türkei auf Auslieferung von Dr. Remzi Kartal zurückgewiesen und den bestehenden Haftbefehl aufgehoben. Die Richter haben ihren Beschluss damit begründet, dass die von den türkischen Behörden am 25. Februar vorgelegten Auslieferungsunterlagen „in einem solchen Maße unzureichend und widersprüchlich“ gewesen seien, dass sich das Gericht außer Stande gesehen habe, „darauf eine Haftentscheidung zu stützen“. In einem dem OLG vorgelegten „Steckbrief“ des 14. Schwurgerichts in Istanbul vom 9. August 2004 sei Dr. Kartal als Tat lediglich „Angehörigkeit in der terroristischen Organisation“ vorgeworfen worden, ohne zu benennen, um welche Organisation es sich hierbei handelt. „Tatort“ und „Tatzeit“ sowie anzuwendende Strafvorschriften hätten völlig gefehlt. Beweismittel als Grund zur Verhaftung seien ebenso wenig vorgelegt worden. Eine „solche, weitgehend inhaltsleere Haftbefehlsurkunde“ hat nach Auffassung des Senats „weder europäischem Standard noch

rechtsstaatlichen Grundsätzen“ entsprochen und habe somit „keine Rechtswirkung entfalten“ können. Auch habe sich die Schilderung des Sachverhaltes „in wesentlichen Teilen“ lediglich mit der Beschreibung des „politischen Werdegangs des Verfolgten“ begnügt. Im Kernpunkt ist dem kurdischen Politiker also nur der Vorwurf gemacht worden, stellvertretender Vorsitzender des Kongra-Gel zu sein. Die Behauptung des türkischen Justizministeriums, die Organisation bezwecke die Loslösung eines Teils der Türkei, erfülle laut Oberlandesgericht Bamberg nach deutschem Recht nicht den Tatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Auch die Tatsache, dass PKK/Kadek/Kongra-Gel am 2. Mai 2002 in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen worden sei, entbinde nach Meinung des Gerichts nicht von der Verpflichtung, konkrete Tatsachen vorzutragen, aus denen sich „die Begehung oder zumindest Androhung schwerster Straftaten“ ergäben. Eine Verlängerung der Auslieferungshaft lehnte das Gericht ebenfalls ab. Dr. Remzi Kartal war am 22. Januar 2005 auf dem Weg zu einer Kulturveranstaltung von einem Sondereinsatzkommando in der Nähe von Würzburg im Zug festgenommen und am nächsten Tag verhaftet worden. Grundlage war ein Internationaler Haftbefehl, mit dem das türkische Justizministerium über Interpol um vorläufige Festnahme von Herrn Kartal ersucht hatte.

Zusammenstellung: alk

Hart umkämpfte Regierungsbildung

SSW: Sind nur unserem Programm verpflichtet

Flensburg/Kiel/Elmshorn. Angefangen von einem CDU-Spitzenkandidaten, der am Wahlabend, ohne das Endergebnis abzuwarten, ins Auto steigt, bis zu Morddrohungen gegen die Vertreterin des südschleswigischen Wählerverbandes (SSW), Anke Spoorendonk, war der Wahlkampf aufgrund des knappen Ergebnisses für beide Lager mindestens eine Woche danach noch nicht beendet. Im Folgenden Anmerkungen zu einigen Ergebnissen und den Vorgängen um den SSW.

Carstensen verliert im direkten Vergleich mit der SPD

Hätte der CDU-Spitzenkandidat die Ergebnisse, die seine Direktkandidatur betreffen, am Wahlabend wahrgenommen, wäre für ihn Vorsicht geboten gewesen. Im direkten Vergleich mit der SPD, im gesamten Wahlkreis 25, unterlag er der SPD-Landtagsabgeordneten Tenor-Alschausky zwar knapp mit 418 Stimmen, in der Stadt Elmshorn selber aber deutlich mit 1000 Stimmen Unterschied (Erststimmen: SPD: 45,29%; CDU: 40,68%). Auch bei den Zweitstimmen ist der Abstand deutlich (SPD: 42,74%; CDU: 35,65%). Elmshorn sei auch deshalb erwähnt, weil mit der Direktkandidatur von Carstensen und der allgemeinen Feststellung, dass die Wahlen im Hamburger Umland entschieden würden, eine ganze Reihe bundes- und landespolitischer Prominenz die Krückaustadt besuchte. Die CDU hatte gedacht, sie könnte nach ihrer Mehrheit bei den Kommunalwahlen 2003 die sozialdemokratische Bastion in Elmshorn noch mal so richtig schleifen. Das ist gründlich schief gegangen.

Medienpräsenz des Unternehmensverbandes schlägt um ins Gegenteil

Carstensen hatte zudem heftige Unterstützung durch die *Elmshorner Nachrichten* (Axel-Springer-Mehrheit). Von hier wurde immer wieder versucht, über wirtschafts- und ordnungspolitische Themen dem CDU-Kandidaten Vorlagen zu liefern. Carstensen nahm fast keine davon auf. Dagegen in zentraler Rolle der Geschäftsführer der Elmshorner Kölln-Flocken-Werke, Hans-Heinrich Driftmann, in seiner Funktion als Präsident der Unternehmensverbände Hamburg-Schleswig-Holstein sowie der Industrie- und Handelskammer Kiel. Nachdem Driftmann zuletzt noch einmal mit der Nordstaat-Debatte Front gegen Rot-Grün machte, kippte die Wirkung seiner ständigen Medien-

präsenz. Der Flockenchef, von den *Elmshorner Nachrichten* „als heimlicher Herrscher“ Schleswig-Holsteins auf den Schild gehoben, hat dabei auch persönlich verloren. Er verstieg sich im Nachkanten und im Hinblick auf eine vom SSW tolerierte rot-grüne Landesregierung dann auf den Satz, „... wenn es diese Drei-Mädels-Konstruktion gäbe, würde die Wirtschaft das auch hinnehmen“. Dieser diffamierende Spruch legt offen, aufgrund welcher gesellschaftlichen Frage ein konservativer Wirtschaftsvertreter und Carstensen verloren haben: bei der Familien- und Gleichstellungspolitik. Der Frauenempfang am 30. Januar in Elmshorn mit 350 Teilnehmerinnen kann als eine Demonstration gegen die angekündigte Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten durch die CDU verstanden werden. In einem Kommentar in den *Elmshorner Nachrichten* wurde Rot-Grün wegen ihrer Politik für mehr öffentliche Kinderversorgung attackiert. Es gab heftige Gegenreaktionen. Landesweit wählten 42% der Frauen und 36% der Männer die SPD. Die CDU wird dagegen von 38% der Frauen und 41% der Männer gewählt. (Infratest dimap)

Dennoch: SPD kann wegen Sozialpolitik nicht mobilisieren

Die deutlichen Ergebnisse für die SPD in Elmshorn relativieren bzw. verkehren sich auf Landesebene. Obwohl es diesmal gegenüber den Landtagswahlen vor fünf Jahren fast 50.000 Erstwähler mehr gab, lag die Wahlbeteiligung um 30.000 abgegebene Zweitstimmen niedriger. Das heißt, die Zahl der Nichtwähler liegt um 80.000 höher als vor fünf Jahren (33,4% gegenüber 30,5%). Von den 40 Wahlkreisen in Schleswig-Holstein liegen 10 über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung. Hier fällt auf, dass in sieben dieser Wahlkreise die SPD gegenüber der CDU mit bis zu zehn Prozent Unterschied verliert. Im Gegensatz zu den Elmshorner Ergebnissen bestätigt sich, dass die SPD wegen ihrer Sozialpolitik hauptsächlich durch den Bund, es waren auch die ersten Wahlen nach der Einführung der Hartz IV-Gesetze, vermeintlich traditionelle Wähler nicht mobilisieren kann. Was hier mal zum SPD-Traditionsmilieu gehörte, ist vielleicht durch eine andere Sozialpolitik zu mobilisieren. Es gibt hier aber auch Tendenzen in dieser ehemaligen Stammwählerschaft, folgt man den Wahluntersuchungen, hin zum rechten Lager.

Der SSW war schon einmal in dieser Situation

Die heftigen Attacken auf den SSW haben mehrere Gründe: Carstensen, der sich zu früh zum Landesoberhaupt erklärte und sich am 17. März zum Ministerpräsidenten wählen lassen will. Eine Angela Merkel, die ihre Kanzlerkandidatur, getrieben von Stoiber, von einem Ministerpräsidenten Carstensen abhängig macht. CDU und FDP in SH, die im Wahlkampf gegen Rot-Grün, insbesondere gegen die Gemeinschaftsschule und damit auch gegen den SSW dermaßen Front machten, dass sie die große Koalition bzw. eine Tolerierung durch den SSW eigentlich selbst ausgeschlossen haben. Wenn man jetzt die Landesregierung stellen will, geht es nur darüber, den SSW mundtot zu machen. Und man weiß, dass die dänische Minderheit gerade wegen ihrer Glaubwürdigkeit, was Programm und praktische Politik bedeutet, bekannt ist. Karl Otto Meyer, über 25 Jahre lang als Vertreter der dänischen Minderheit, nimmt dazu in den *Kieler Nachrichten* Stellung: „Es war immer schwierig für uns, wenn die beiden großen Lager etwa gleich stark waren.“ Und in Erinnerung an die Situation nach der Landtagswahl von 1987: „Damals brauchte die CDU eine SSW-Stimme, um weiter zu regieren. Und sie war dazu bereit. Mir wurde gesagt, ich könnte dafür alles durchkriegen.“ Meyer lehnte jedoch ab und gab damit den Ausschlag für Neuwahlen, die zum Regierungswechsel führten. Und er wird gegenüber der Kampagne der Minderheitenpartei deutlich: „Ich dachte wirklich, diese Zeiten sind vorbei. Aber wenn jetzt die alten Ressentiments wieder aufleben sollten, dann ist alles, was in den letzten 50 Jahren zur Minderheitenpolitik und zum gegenseitigen Respekt gesagt wurde, nichts mehr wert. Dann brauchen wir auch den Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen nicht zu feiern.“ Dass die CDU in Schleswig-Holstein aus ihrer versuchten Delegitimierung der SSW-Mandate einen bilateralen Konflikt heraufbeschwören will, kann nicht ernsthaft geglaubt werden. Auch 1987 hatte es Druck durch die damalige reaktionäre Riege um F.J. Strauß bundesweit gegeben: „Man darf ein Bundesland doch nicht von einem Dänen regieren lassen.“ (17.9.87) Heiner Geißler erklärte Meyer daraufhin zu einem Bürger zweiter Klasse, der die Interessen der SSW-Minderheit zu vertreten, aber gefälligst nicht das Schicksal Schleswig-Hol-

steins zu entscheiden habe. Dass man heute von Seiten Koch und Merkel auch in Kenntnis der Morddrohungen gegen Anke Spoorendonk munter den Druck auf den SSW forciert, ist schon eine neue Qualität. Da kann die politische Linke nicht daneben stehen.

Zur Geschichte der Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Gerade weil sich dieses Jahr diese Regelung zum 50. Mal jährt, bietet sie Stoff für die gegenwärtige Auseinandersetzung. Diese Regelung steht am Ende einer hartnäckigen Auseinandersetzung im schleswig-holsteinischen Nachkriegsdeutschland, bei der sich die dänische Minderheit der gezielten Ansiedlung der deutschen Vertriebenen im

gleichen Jahr die Zustimmung über die Aufnahme der BRD in die NATO von der zukünftigen Behandlung der dänischen Minderheit abhängig. Als Ergebnis stehen die Bonn-Kopenhagener Erklärungen. In Zusammenhang mit diesen beiden Erklärungen wurde die 5%-Klausel für den SSW abgeschafft und auf der Gegenseite den deutschen Schulen in Sonderjylland (Nordschleswig) das Examenrecht zuerkannt. Die deutsche Minderheit unterliegt zwar der 2%-Wahlrechtsklausel, schafft schon seit Jahrzehnten nicht mehr den Einzug, hat aber eine ständige Vertretung im Kopenhagener Parlament. Das Examenrecht gibt es für die dänischen Schulen allerdings nicht. Hier von einem Minderheitenprivileg für den SSW zu sprechen, ist diffamierend und aus der Geschichte heraus schlichtweg falsch. Selbst der Vertreter des Bundes der Nordschleswiger, Matlok, sprach am 1.3.05 im Deutschlandfunk im Hinblick auf die Vorgänge im deutsch-dänischen Grenzland nach 1945 von einem „Ausgleich für die dänische Minderheit“. Die Minderheitenerklärungen haben in diesem Kontext in Schleswig-Holstein

minderheit letztlich durchgesetzt wurde. Immer mit dem Hintergedanken, mit diesen Regelungen auch ein Modell für die deutschen Minderheiten in den ehemaligen Ostgebieten bereitzuhalten. Nun hat sich das „Bekenntnis“ zu den Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet so verschoben, dass die deutsche Minderheit keine Rolle mehr spielt und der SSW sich aufgrund seiner guten kommunalen Verankerung (bis 15% in Flensburg und Umgebung und 135 Kommunalmandate im Landesteil Schleswig) als ganz normale politische Kraft entwickelt hat. In der vergangenen Legislaturperiode stimmte der SSW in 87% der Fälle mit der rot-grünen Landtagsmehrheit.

Seit den Landtagswahlen 2000 kann der SSW auch im ganzen Land gewählt werden, kandidiert aber mit Direktkandidaten nur im Landesteil Schleswig. Diese Änderung wurde noch vor kurzem vom OVG Schleswig in Frage gestellt. Das Bundesverfassungsgericht stellte dazu in der Woche vor der Wahl allerdings klar, dass der Landtag auf die Vertretung des gesamten Schleswig-Holstein ausgerichtet sei. Dies gelte auch im Hinblick auf die – möglicherweise räumlich beschränkten – Interessen einer nationalen Minderheit. Die Befreiung des SSW von der 5%-Klausel sei daher verfassungsrechtlich unbedenklich.

Der SSW ist nur seinem Programm verpflichtet

Der SSW hat nun am 25. Februar beschlossen, mit SPD und Grünen die konkreten Bedingungen für eine SSW-tolerierte rot-grüne Landesregierung auszuhandeln. Mit der CDU werde man aber weiter im Gespräch bleiben. Anke Spoorendonk: „Die Mehrheit der Delegierten war der Ansicht, dass der SSW mit der Tolerierung einer SPD/Grünen-Landesregierung am ehesten den Auftrag umsetzen kann, den unsere Wählerinnen und Wähler uns erteilt haben. Es hat im Hauptausschuss auch Stimmen gegeben, die konkrete Verhandlungen mit der CDU oder die Zurückhaltung des SSW bei der Regierungsbildung gefordert haben. Dabei wurde auch auf den großen Druck Bezug genommen, der in den letzten Tagen aus ganz Deutschland auf uns ausgeübt wurde. Die deutliche Mehrheit des Hauptausschusses war allerdings der Ansicht, dass die CDU nicht genug Bereitschaft gezeigt hat, den SSW als gleichwertigen Partner zu akzeptieren und auf unsere politischen Forderungen einzugehen.“

Und an die SPD und Grünen gerichtet: „Fühlen Sie sich nicht zu sicher. In den letzten Tagen wurde der Eindruck vermittelt, der SSW sei schon in der Tasche. Wir werden aber mit klaren Forderungen in die Verhandlungen gehen. Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, kann weiterhin nicht mit dem SSW rechnen.“ Für den SSW sei klar, dass



Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen am 23.9.1955 mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem dänischen Staatsminister H.C. Hansen (am Mikrophon). Den Vorschlag der deutschen Seite, einen Minderheitenvertrag abzuschließen, lehnte Dänemark ab. Minderheitenprobleme waren aus Sicht Dänemarks als innere Angelegenheiten anzusehen, die alleine durch die innere Gesetzgebung eines jeden Landes zu lösen seien.

Landesteil Schleswig und entsprechenden Ressentiments ausgesetzt sah. Die dänische Regierung warnte 1946, dass „die große Zunahme des deutschen Teils der Grenzbevölkerung im Laufe der Jahre eine günstige Grundlage für die deutsche expansionistische Propaganda und Politik abgeben wird. Dänemarks zukünftige Sicherheit wird wesentlich von einem Nachlassen des Flüchtlingsdrucks in den Grenzgebieten abhängen.“ Noch 1951 versuchte die CDU-geführte Landesregierung, mit der Erhöhung der Fünf-Prozent-Klausel die dänische Minderheit zu bekämpfen. Sie erhöhte auf 7,5%. Der SSW blieb bei den Landtagswahlen 1954 darunter und verlor alle seine vier Sitze. Er konnte also mit seinen 42.000 Stimmen keinen Sitz im Landtag erringen, während die deutsche Minderheit aufgrund des günstigeren Wahlgesetzes in Dänemark durch sein Verhältniswahlrecht in Groß- und Amtskreisen mit ihren 7.900 Stimmen einen Sitz im Folketing erhielt. Die dänische Regierung machte dann wiederum noch im

auch einen antifaschistischen Begründungszusammenhang!

Im Übrigen wird in den Erklärungen auf die europäische Konvention hinsichtlich der Nichtdiskriminierung von Minderheiten verwiesen. Ebenso erhält die Erklärung von deutscher Seite einen Passus, der ausdrücklich auf die Gleichstellung der Angehörigen der Minderheit mit allen Staatsbürgern durch die im Grundgesetz garantierten Rechte hinweist.

Landesweite Wählbarkeit verfassungsrechtlich unbedenklich

Karl Otto Meyer 1982 in Berlin zu den Minderheitenregelungen: „Volk und Gesellschaft sind nicht notwendig identisch. Wir bekennen uns zum dänischen Volk, aber auch zur bestehenden Gesellschaft südlich der Grenze.“ Deshalb sei es nur natürlich, wenn der SSW zu allen aktuellen politischen Fragen Stellung nehme. Das gelte für die Kernenergie, für den Extremisten-Beschluss wie für die Stimmabgabe bei der Ministerpräsidentenwahl auch bei einer möglichen Patt-Situation im Kieler Landtag. Meyer spricht hier auch auf die Bestimmung an, die von deutscher Seite als Definition der Bekenntnis-

Vorbild Skandinavien?

Das „skandinavische Vorbild“ – oder auch „Modell Schweden“ (oder Dänemark oder Finnland oder Norwegen) – taucht immer wieder in der politischen Debatte auf – sei es bei den Gründen für das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein, sei es bei Diskussionen über das General-Motors-Werk (früher Saab) im schwedischen Trollhättan und die Politik des GM-Managements, die Beschäftigten der Opel-Werke in Deutschland gegen die im schwedischen Werk auszuspielen.

Auch die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland verleitet zu neidvollen Blicken nach Norden. Arbeitslosen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel wird von den Arbeitsverwaltungen offen zur Arbeitsaufnahme in Schweden oder Norwegen geraten – und nicht wenige, vor allem junge Menschen folgen diesem Rat.

Pluspunkte: Bildung, Wachstum, niedrige Arbeitslosigkeit und hoher Schutz

Was sind die Pluspunkte der skandinavischen Länder, die zu solchen Blicken und Taten Anlass geben? Einige sind bekannt. Das Bildungswesen etwa gilt europaweit als Vorbild. Bei PISA-Vergleichen schneiden die skandinavischen Länder regelmäßig besser ab als Deutschland – angeführt von Finnland, dessen Politiker auf Nachfrage freimütig erzählen, sie hätten im Prinzip das Schulsystem der DDR übernommen, also einheitliche Schulen, Ganztagsunterricht, viel Lehrkräfte pro Schüler, gute Ausstattung plus Leistungsdruck. Das „öffentliche Gut“ Bildung ist in Skandinavien deutlich besser als hierzulande.

Andere Pluspunkte fallen bei den makroökonomischen Daten ins Auge. Finnland, Schweden und Dänemark – von Norwegen ist im Folgenden kaum die Rede, da dort die Erträge aus Ölförderung eine erhebliche Rolle spielen – verzeichnen seit vielen Jahren ein höheres Wirtschaftswachstum. Finnland erzielte 1990 bis 2002 einen durchschnittlichen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,9% jährlich, Dänemark um 2,5%, Schweden um 2,3%. Zum Vergleich: Das BIP der BRD wuchs in dieser Zeit nur um durchschnittlich 1,6% pro Jahr. Erklärt wird das höhere Wachstum der skandinavischen Länder auch von konservativen Ökonomen durch das hohe Innovationstempo im Industrie- und Dienstleistungsbereich. Die schnelle Entwicklung neuer und ertragreicher Produkte und Dienstleistungen sichert ein hohes Wachstum und hohe Einkommen. „In der Informationstechnologie gilt Deutschland international als abge-

schlagen, 6,7% des BIP entfallen auf Umsätze mit Informations- und Telekommunikationstechnik. Zum Vergleich: In Schweden sind es 9,3% und in den USA 8,5%“, schrieb der Berliner „Tagesspiegel“ am 18.1.2004. Der Nokia-Konzern in Finnland ist ein weiteres Beispiel für den Erfolg einer solchen auf Innovation statt auf Billiglohn zielenden Strategie.

Finnland, Schweden und Dänemark waren 2003 auch die drei Staaten mit den höchsten Überschüssen der öffentlichen Haushalte in der EU. Während Eichel fürchtet, bei der Neuverschuldung die EU-Defizitgrenze dieses Jahr zum vierten Mal zu reißen, bauen die Finanzminister in Skandinavien seit mehreren Jahren Schulden ab.

Aus dem gleichen Grund liegt auch die Arbeitslosigkeit in Skandinavien entweder schon lange unter der deutschen, oder sie fällt, wie in Finnland. In Finnland lag die Arbeitslosenrate (nach ILO-Kriterien, zur Erläuterung siehe die Homepage des Statistischen Bundesamtes, www.destatis.de) im Jahr 2002 bei 9,1%, 2003 fiel sie auf 9,0 Prozent. Die ebenso nach ILO-Kriterien gemessene deutsche Arbeitslosenrate stieg von 8,6% (2002) auf aktuell 9,4%. In Dänemark lag die Arbeitslosenrate 2002 dagegen nur bei 4,6%, in Schweden bei 4,9%.

Noch krasser fällt der Unterschied bei Langzeitarbeitslosen auf, also bei Personen, die länger als 12 Monate arbeitslos sind. Deren Rate lag in Deutschland 2002 bei 4%, in Dänemark bei 0,9%, in Finnland bei 2,3% und in Schweden bei 1,0% (alle Daten nach „Die soziale Lage in der Europäischen Union 2004“, hrsg. von der Europäischen Kommission).

Da außerdem die Erwerbsquote, d.h. der Anteil aller Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die einer Beschäftigung nachgehen, in den skandinavischen Ländern deutlich höher liegt als hierzulande (siehe PB 3/05), ist das Resultat: Ausmaß und sozialer Druck der Arbeitslosigkeit sind in den skandinavischen Ländern deutlich niedriger als hier.

Bei Arbeitslosigkeit: Qualifizierung und hoher Schutz

Hinzu kommt: Das Arbeitslosengeld ist in Dänemark und Schweden deutlich höher. In Dänemark erhalten Arbeitslose bis zu 90% ihres alten Einkommens als Arbeitslosengeld, in Schweden bis zu 80%. In Schweden beträgt das Arbeitslosengeld mindestens 30 Euro pro Tag. In Dänemark besteht Anspruch auf zwei, maximal vier Jahre Arbeitslosengeld.

In Schweden, mehr noch aber in Dänemark löst Arbeitslosigkeit vor allem Ausbildungsmaßnahmen aus. Der oder die Arbeitslose darf nicht nur, sondern muss, wenn nach Verlust des alten Jobs kein neuer da ist, in eine Bildungsmaßnahme. In der Bundesrepublik sind sol-

che Maßnahmen in den letzten Jahren drastisch zurück gefahren worden, CDU/CSU und FDP wollen sie ganz abschaffen.

Allerdings ist das hohe Schutzniveau in Dänemark und Schweden auch verbunden mit hohen Anforderungen. Arbeitslose müssen mobil sein, und wer neue Jobs verweigert, kriegst sofort eine Sperrzeit.

Wer unter „google“ die Worte „Sozialreformen im Norden“ eingibt, stößt auf eine Homepage der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und erfährt dort, dass von Arbeitslosen in Dänemark „hohe Flexibilität und Mobilität verlangt (wird); ein Arbeitsplatz ist zum Beispiel auch dann zumutbar, wenn man täglich vier Stunden pendeln muss.“

Hinzu kommt: In Dänemark ist die Arbeitslosenversicherung zwar steuerfinanziert, aber freiwillig. Wer sich also nicht in einer Arbeitslosenkasse versichert hat, erhält nichts. 76% der dänischen Beschäftigten sind arbeitslosenversichert. Nach einem Jahr Mitgliedschaft in der Arbeitslosenkasse und wenn sie in den drei Jahren vor Arbeitslosigkeit 52 Wochen gearbeitet haben, erhalten Arbeitslose zunächst 24 Monate lang Arbeitslosengeld. „In Schweden sind die Regelungen ähnlich“, heißt es auf der Homepage weiter: „Nach 100 Tagen ohne Arbeit ist jedem Bewerber jede Arbeit an jedem Ort in Schweden zumutbar.“

Unter „Arbeitslosengeld II – Hartz IV“ berichtete die Bundesregierung am 3.9.04 auf ihrer Homepage vom „Umbau des Sozialstaats in Schweden“: „Wer keine Arbeit findet, dem wird eine Ausbildung und anschließend ein Praktikum (learning on the job) angeboten, das bis zu sechs Monaten dauern kann. Nur wenn beides nicht in Frage kommt, wird finanzielle Unterstützung gewährt ... Der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes sind ca. 30 Euro pro Tag. Darüber hinaus wird eine einkommensabhängige Unterstützung gezahlt, höchstens aber 80 Prozent des letzten Gehalts. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht max. 52 Wochen.“

30 Euro am Tag, 80% des letzten Gehalts – das ist ein Niveau sozialer Sicherung, das weit über deutschen Leistungen bei Arbeitslosigkeit liegt, von ALG-II ganz zu schweigen.

Minuspunkte: wenig Kündigungsschutz, teure Krankheit, kein Arbeitgeberbeitrag

Vertreter von CDU/CSU weisen gern darauf hin, dass Dänemark keinen Kündigungsschutz kennt. Sie verschweigen dabei regelmäßig, dass ein sozialer Absturz, wie ihn das hiesige Arbeitslosenrecht herbeiführt, in Dänemark unbekannt ist, so dass Kündigungen dort viel an Schrecken verlieren.

Gravierend anders ist in Skandinavien die Finanzierung der sozialen Si-

cherung. Eine paritätische Finanzierung der sozialen Sicherung – von deutschen Gewerkschaften bis heute als angeblich unverzichtbar dargestellt – ist in Skandinavien unbekannt. Wie in Dänemark die Arbeitslosenversicherung, so wird in Schweden die Krankenversicherung komplett aus Steuermitteln bezahlt. Die Unternehmen sparen so enorme Kosten.

Hier weitere Kostproben von der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung. Zur Krankenversicherung findet sich auf der Homepage des Ministeriums der Hinweis, deren Kosten seien in der EU in den letzten Jahren fast überall gestiegen. „Nur in Schweden und den Niederlanden gingen die Zahlen drastisch zurück, was allerdings mit erheblichen Abstrichen für die Patientinnen und Patienten verbunden ist ... So müssen Norweger 15 Euro pro Besuch zahlen ... Eine Visite beim Facharzt kostet in Norwegen 29 Euro, in Schweden 27 Euro ... Mit einem Eigenanteil bis zu 180 Euro müssen die Schweden für ihre Arzneimittel selbst aufkommen ... in Dänemark zahlt der Patient zwischen 25 und 50 Prozent selbst.“

Allgemein hat das schwedische und auch das norwegische System viel Ähnlichkeit mit dem britischen, aus Labour-Zeiten verstaatlichten Gesundheitswesen und seinen leidvollen Zügen – mäßige Behandlung, schlechte Ausstattung, wenig motivierte und nicht besonders gut bezahlte Beschäftigte und elende Wartezeiten. Vor Erkrankung in Schweden sei also gewarnt.

Hohe Erwerbsquote durch prekäre Jobs?

Doch zurück zum Arbeitsmarkt. Sind die hohe Erwerbsquoten in skandinavischen Ländern und die niedrige Arbeitslosigkeit erkaufte durch prekäre Arbeit wie hierzulande? Die „Europäische Arbeitskräfteerhebung“ 2003, veröffentlicht im September 2004 in Heft 14 der Reihe „Statistik kurz gefasst“ des Statistischen Amtes der EU, weist als „Teilzeitbeschäftigungsquote für Personen von 15 bis 64 Jahren“ aus:

EU der 15	11,6%
BRD	13,8%
Finnland	8,5%
Dänemark	15,5%
Schweden	16,0%

Der Anteil von Teilzeitjobs lag also in Finnland unter der Bundesrepublik, in Dänemark und Schweden darüber. Auffällig hoch ist dagegen die Quote der Teilzeitjobs in den Niederlanden mit 32,8% (gemessen als Prozent der Beschäftigten).

Auch die durchschnittlichen Arbeitszeiten weisen keine signifikanten Unterschiede aus. Vollzeitbeschäftigte arbeiteten in Dänemark 2003 durchschnittlich 39,2 Stunden pro Woche, in

Deutschland 39,6 Stunden, in Finnland 39,2 Stunden und in Schweden 39,9 Stunden. Das Gerede der deutschen Unternehmer von den angeblich unhaltbar kurzen Arbeitszeiten in Deutschland ist, verglichen mit Skandinavien, schlicht Unfug.

Ein ähnliches Bild weist die Erhebung bei befristeten Arbeitsverträgen aus. In Dänemark hatten 2003 nur 9,3% der Beschäftigten einen befristeten Job, in Deutschland 12,4%, in Finnland 16,3%, in Schweden 15,1%.

Nun können Durchschnittswerte erhellend sein, aber auch viel verbergen. „Durchschnittlich ertrinken die Menschen in Wasser von 20 cm Tiefe“, lautet ein bei Statistikern beliebter Witz. Trotzdem: Teilzeitbeschäftigte arbeiteten in Dänemark im Durchschnitt 19,2 Stunden, in Deutschland 17,8 Stunden, in Finnland 20,2 und in Schweden 22,8 Stunden. Auch hier also keine auffälligen Unterschiede.

Hinzu kommt: Der soziale Druck, der von prekären Jobs ausgeht, hängt stark davon ab, wie hoch das Risiko der Arbeitslosigkeit ist, also wie schnell sie droht und wie tief Arbeitslose dann fallen. Da unterscheidet sich das deutsche System mit Arbeitslosengeld von 60 bzw. 67% des früheren Nettoentgelts und ALG II ganz erheblich vom skandinavischen.

Der dänische Wohlfahrtsstaat-Experte Esping-Andersen spricht deshalb vom „sozialdemokratischen“ oder „skandinavischen“ Modell des Wohlfahrtsstaats im Unterschied zum angelsächsischen Modell und zum eher konservativen, in Italien und Deutschland bekannten Modell. Das skandinavische Modell zeichnet sich aus durch hohen Schutz vor Marktrisiken und Einkommensverlust, starke Umverteilung und Finanzierung durch Steuern.

Keine Billiglohnstrategie

Hinzu kommt ein weiterer, gravierender Unterschied: Die in Deutschland auf 8 Millionen angeschwollenen „Minijobs“ und ähnliche Formen „atypischer Beschäftigung“ sind in Skandinavien weitgehend unbekannt. Für eine „Niedriglohnstrategie“, wie sie hierzulande von Leuten wie dem Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, und von der CDU/CSU gleichermaßen propagiert und von der rot-grünen Bundesregierung mit brachialer gesetzgeberischer Gewalt verfolgt wird, gibt es in diesen Ländern bis heute einfach keine politischen Mehrheiten.

Dass trotzdem die Frauenerwerbsquote deutlich höher liegt als in Deutschland (siehe PB 3/05), ist Ergebnis einer anderen Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik. Ganztagschulen und -kindergärten, Kinderbetreuung rund um die Uhr, wann immer die Frau arbeitet, umfangreiche Qualifizierungsangebote und

Einarbeitungszuschüsse, wenn Frauen nach der Geburt des Kindes wieder arbeiten wollen und keinen Job finden – all das hilft zu einer hohen Frauenbeschäftigung und damit auch einem anderen Geschlechterverhältnis.

Der durchschnittliche Bruttostundenlohn im verarbeitenden Gewerbe Schwedens lag nach dem „Länderprofil Schweden“ des Statistischen Bundesamtes 2002 bei 12,58 Euro. Bei 151 Stunden im Monat (35 Stunden pro Woche) wären das etwa 1.900 Euro im Monat. Das liegt unter dem Facharbeiterlohn der deutschen Metallindustrie. Der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Arbeitern im produzierenden Gewerbe in Deutschland lag im gleichen Jahr bei 14,56 Euro. Zieht man aber in Betracht, dass die Abzüge für soziale Sicherung in Schweden niedriger sind, bleibt am Ende möglicherweise fast das gleiche Nettoentgelt wie hierzulande. Rechnet man Zuschläge und übertarifliche Leistungen hinzu, mögen deutsche Facharbeiter sogar etwas mehr verdienen als in Schweden. Dafür ist die Gefahr des sozialen Absturzes dort geringer. Die Mehrheit in Skandinavien scheint eine solche Situation den Risiken sozialer Zerklüftung und sozialer Abstürze vorzuziehen.

Menschenwürde statt Niedriglohn

Die deutsche Niedriglohnspolitik und die Zumutungen der Arbeitgeber führen vielleicht zu tollen Renditen, seien aber eine „Verschleuderung von Humankapital“, hat ein Kommentator des liberalen, der Gewerkschaftsnähe sicher nicht verdächtigen Berliner „Tagesspiegel“ am 1.3.05 kritisiert. Der Begriff „Humankapital“ ist umstritten, manche sehen darin eine Gleichsetzung von Menschen und Sachen. Aber in der Sache hat der Mann recht: Billiglohn bedeutet nicht nur ein Leben in ständiger Not, eine Missachtung des Anspruchs auf menschenwürdiges Leben. Sie ist auch eine Vergeudung von Menschen und ihren Fähigkeiten. Minijobber, Ein-Euro-Jobber arbeiten schwer. Aber ihre Qualifikationen, ihre produktiven Möglichkeiten werden in solchen Jobs nicht wirklich gebraucht, geschweige denn entwickelt.

Die Ausbreitung von Billigjobs, verbunden mit schlechter Ausbildung, ist deshalb vermutlich ein wichtiger Grund für die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft. Mehr Billigjobs führen nicht zu mehr Wachstum, sondern zu mehr Stagnation und weniger Innovation.

Vielleicht ist das Fehlen solcher „working poor“, wie die zu solchen Jobs gezwungenen Menschen in den USA und Großbritannien genannt werden, der wichtigste Grund für die Sehnsucht vieler nach „skandinavischen Verhältnissen“.

rül

USA: Wachsende Unruhe an der Heimatfront

Wie die Bewegung Cities for Peace Anfang März mitteilte, haben 46 Gemeindeversammlungen im kleinsten US-Bundesstaat Vermont – die ARD meldete jetzt sogar die Zahl von 49 – Resolutionen gegen den Irak-Krieg beschlossen. Die Resolutionen variieren, enthalten aber durchweg drei Elemente: die Aufforderung an die Regierung, die Truppen aus dem Irak zurückzuziehen, die Forderung nach Einsetzung einer Kommission, die die Auswirkungen des Irak-Krieges auf die Kommunen untersucht, und ein Mitspracherecht Vermonts beim Einsatz der Nationalgarde im Irak. Vorbereitet worden war die breite Aktion vom Vermont-Antikriegs-Netzwerk. Die Gemeindeversammlungen waren zustande gekommen, nachdem in kürzester Zeit in 53 von insgesamt 251 Städten und Gemeinden Vermonts eine ausreichende Zahl von Unterschriften gesammelt worden waren. Es handelt sich bei den Gemeindeversammlungen, die auf die amerikanischen Revolution zurückgehen und gerade in den Neu-England-Staaten eine gute basisdemokratische Tradition haben, um eine Art Bürgerversammlungen mit Wahlrecht. In anderen Bundesstaaten sind entsprechende Initiativen angelaufen.

Der für den Anfang überwältigende Erfolg der kommunalen Antikriegspolitik lässt sich zum einen mit den dramatischen Auswirkungen des Irak-Krieges auf die Haushaltslage der Städte und Kommunen erklären (wir berichteten). Zum anderen rückt der Krieg, je länger er dauert, um so näher. Inzwischen ist fast jeder zweite im Irak eingesetzte Soldat kein Berufssoldat, sondern Reservist oder Nationalgardist. Reservisten und Nationalgardisten sind in einem bisher unbekannten Ausmaß mobilisiert. Das Pentagon hat eine „Stopp loss“-Verfügung erlassen, mit denen auch Reservisten und Nationalgardisten in den Irak geschickt werden, die ihren Vertrag eigentlich erfüllt haben. Ihr Einsatz dauert ein Jahr, kann aber, wie zunehmend geschieht, ohne Vorankündigung verlängert werden. Die Betroffenen werden aus ihrem zivilen Leben herausgerissen und müssen oftmals auch noch unter erheblichen finanziellen Verlusten in den Krieg ziehen. Eine „Entspannung“ ist nicht in Sicht. Denn erstmals seit fünf Jahren hat das Pentagon im Februar 2005 das monatliche Anwerbeziel für die Streitkräfte verfehlt, und zwar gleich um rund 30% und trotz deutlich angehobener finanzieller Anreize. Die Mobilisierungsschwierigkeiten machen sich auch bei der Nationalgarde bemerkbar. In Oregon z.B. liegt die Rekrutierungsquote um 20% unter dem Soll.

Vor allem aber macht sich diese Ent-



Nationalgardisten werden auf den Einsatz im Irak vorbereitet

wicklung auch unmittelbar in den Städten und Gemeinden bemerkbar. Überall fehlen Feuerwehrleute, Polizisten, Krankenschwestern, die als Angehörige der Nationalgarde in den Irak geschickt worden. Und immer mehr Menschen haben Verwandte oder Nachbarn, die in diesem Krieg gefallen sind oder verletzt wurden. In Vermont mit einer Bevölkerung von knapp über 600.000 sind 42% aller Nationalgardisten, das sind 1200 Mann, in den Irak geschickt worden. Nur Hawaii hat eine höheren Pro-Kopf-Anteil an Soldaten, und kein anderer Bundesstaat hat eine so hohe Todesrate wie Vermont: Vier Mitglieder der Nationalgarde und sieben Berufssoldaten sind bis Anfang März umgekommen. (Quellen: Cities for Peace, New York Times, ARD, Das Tagblatt)

Großbritannien: Antiterrorgesetzgebung im Oberhaus abgeschmettert

Das britische Oberhaus hat am 7.3. die Anti-Terror-Gesetzgebung der Labour-Regierung ans Unterhaus zurückgewiesen. Mit 249 zu 119 Stimmen billigte es einen Antrag der liberaldemokratischen Opposition, wonach Gerichte und nicht der Innenminister die Freiheitsbeschränkung von Verdächtigen verfügen müssen. Die Regierung hatte eine richterliche Entscheidung nur für totalen Hausarrest zulassen wollen, nicht aber für elektronische Fußfesseln und andere Einschränkungen. Zwei weitere Anträge, die Freiheitsbeschränkungen ohne Prozess möglich machen würden, kamen aufgrund des Widerstandes der Lords erst gar nicht zur Abstimmung. Am 14.3. läuft die geltende, für widerrechtlich befundene Internierung von ausländischen „Terrorverdächtigen“

aus. Sie kann jedoch gegebenenfalls verlängert werden. (Quelle: NZZ)

USA: Überwachung Asylsuchender soll verschärft werden

Auf Initiative des Heimatschutzministeriums hat das US-Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf die Zustimmung gegeben, mit dem die Überwachung Asylsuchender verschärft wird. Im Kongress wird die Abstimmung vorbereitet. Im letzten Sommer hatte das berüchtigte Ministerium in acht Städten ein Programm gestartet, wonach Asylbewerber, die keine „Gefahr für die nationale Sicherheit“ darstellen und versichern, sich in einem bestimmten Gebiet aufzuhalten, nicht in Asyllager gesteckt werden, sondern unter Auflagen in relativer „Freiheit“ leben können: Sie erhalten regelmäßige Besuche von Beamten zu Hause oder auf der Arbeit, auch regelmäßige Kontrollanrufe. In 1700 Fällen wurden Asylbewerber dazu gebracht, „freiwillig“ elektronische Fußfesseln anzulegen, damit sie 24 Stunden am Tag kontrolliert werden können. Man mag einwenden, dass das immer noch besser ist als die Einweisung in Lager, die oft einem Gefängnis gleichen. Dort werden Asylbewerber oft mit Handschellen gefesselt, kommen zur Disziplinierung in Einzelhaft, dürfen oft keinen Besuch empfangen, Briefe werden geöffnet, Anrufe nicht weitergeleitet u.ä.m. Doch tatsächlich zielen die Gesetzesvorlagen darauf, die Kontrolle auf noch mehr Asylbewerber auszuweiten und ihnen, vor allem wenn sie aus „verdächtigen“ Ländern kommen, die Legalisierung fast völlig unmöglich zu machen. (Quelle: Telepolis)

Zusammenstellung: scc

MAINZ. Mehr als 12.000 Menschen haben am 23. Februar 2005 an der Demonstration durch die Mainzer Innenstadt teilgenommen – doppelt so viele wie erwartet. Insgesamt hat sich von Montag bis Mittwoch die Friedens- und globalisierungskritische Bewegung mit über 60 Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen unter dem Motto „Not welcome Mr. Bush“ zu Wort gemeldet. Wie hunderttausende Menschen in Rom am Samstag zuvor und den Veranstaltungen in Brüssel und Bratislava wurde an die hunderttausend Todesopfer des Irakkriegs, an Folter und Mord in US-Militärgefängnissen und auch an die mittelbare deutsche Beteiligung durch Nutzung der Stützpunkte für den völkerrechtswidrigen Krieg erinnert. Die Friedensbewegung sieht die Chancen für einen positiven Einfluss der Europäischen Union nicht in eigener Aufrüstung, sondern konsequenter Stärkung der friedenspolitischen Kapazitäten ziviler Konfliktbearbeitung und fairer Kooperation mit den Ländern des Südens und der arabisch-islamischen Welt. Ein in diesem Sinne starkes Europa könnte im transatlantischen Dialog die USA beeinflussen, den Weg zurück in die UN-Institutionen und die Achtung internationalen Rechts zu finden. www.friedenskooperative.de

Bild: www.notwelcomebush.de



„Die Waffen nieder“ – Bertha-von-Suttner-Kunst- & Medienpreis

ESSEN. Am Internationalen Frauentag stellt die Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) den neuen Bertha-von-Suttner-Kunst- & Medienpreis in Essen erstmals einer breiten Öffentlichkeit vor. „Die DFG-VK wird sich mit dem neu ausgeschriebenen Preis noch stärker für eine Abkehr von dem ‚Kult der Gewalt‘ hin zur Entwicklung einer ‚Kultur des Friedens‘ einsetzen“, erläutert der Politische Geschäftsführer der DFG-VK, Joachim Thommes, und führt aus: „Der Bertha-von-Suttner-Kunst- & Medienpreis soll allen Mut machen, die sich gegen Krieg und für die friedliche Lösung von Konflikten aussprechen. Wir wollen Ideen und Projekte, Aktionen und Werke, mit denen sich Menschen für Frieden und Verständigung engagieren, fördern und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen.“ An den bundesweiten Veranstaltungsorten wird daher ein umfangreiches Begleitprogramm angeboten. Den Rahmen hierfür bildet u.a. die Kunst- & Fotoausstellung: „Bertha von Suttner – 100 Jahre Frauen für den Frieden“, die die DFG-VK in Kooperation mit der Projektpartnerin, Internationales Frauenfriedensarchiv – Fasia Jansen – IFFA als Wanderausstellung bereit stellen. Workshops und Projektstage, Streitgespräche und Diskussionen zu friedenspolitischen Themen werden durchgeführt.

Der Journalist und Filmemacher Peter Ohlendorf beteiligt sich mit einem Filmbeitrag („Das G3 im Visier“) an der Auftaktveranstaltung am 8. März in Essen. Danach stellt Ellen Diederich die 12 Friedensnobelpreisträgerinnen der letzten 100 Jahre und deren Projekte vor. Die Rolle der Frauen im Krieg und

ihr Einsatz für den Frieden werden thematisiert. www.dfg-vk.de

Schadenersatzklage der Bombenopfer aus Varvarin in 2. Instanz

KÖLN. Das Landgericht (LG) Bonn hatte Ende 2003 die Schadenersatzklage von Bürgern der serbischen Kleinstadt Varvarin zurückgewiesen, die im Jugoslawien-Krieg Opfer eines Raketenangriffs der NATO geworden waren. Am Donnerstag, den 24.2.2005, befasste sich das Oberlandesgericht (OLG) Köln in 2. Instanz mit dem Fall. Heinz-Jürgen Schneider ist Rechtsanwalt und vertritt mit seiner Kollegin Gül Pinar Einwohner der serbischen Kleinstadt Varvarin, die am 30. Mai 1999 bei einem Raketenangriff der NATO verletzt wurden. Bei dem Angriff waren zehn Zivilisten getötet und 17 schwer verletzt worden. Die „junge Welt“ interviewte Heinz-Jürgen Schneider zu dem Ergebnis. Er antwortete: „Es ist noch keine Entscheidung ergangen, sie soll am 16. Juni verkündet

werden. Die Verhandlung war allerdings überraschend positiv für uns. Kläger aus Varvarin waren zwar nicht ange-reist, aber der Saal war voll von Sympathisanten ... Erstens hat sich das Gericht unserer Auffassung angeschlossen, dass die Klage zulässig ist. Zweitens hat es erklärt, das deutsche Staats-haftungsrecht, auf das wir uns berufen, sei generell auch auf Kriegsverbrechen anzuwenden. Und zwar dann, wenn eine bestimmte Schwelle überschritten ist, wenn eine bestimmte Qualität von Kriegsverbrechen vorliegt.“

Das Kölner Friedensforum und andere Unterstützer sorgten mit einer Demonstration vor dem Gericht für einen würdigen Rahmen und Aufmerksamkeit (Bild). Mit diesem Verhandlungstag ist das Ergebnis der Berufung offen. Der Projektrat sammelt mit und für die Anwälte Material, das a) erhärten soll, dass die Brücke kein militärisch zulässiges Ziel war oder auch nur sein konnte, dass tatsächlich keine militärische Nutzung erfolgte, und b) dass die deutsche Regierung Einfluss auf die Zielauswahl hatte bzw. dass einstimmige Zustimmung der NATO-Staaten vor einem Angriff auf ein Ziel erforderlich war.

Bild und Info: www.arbeiterfotografie.com/neu-im-netz.html



Plakatkampagne der Bürgermeister für den Frieden beginnt

BERLIN. Eine Graswurzel-Initiative ganz besonderer Art trifft am 11. März im Berliner Abgeordnetenhaus zusammen: Die Bürgermeister für den Frieden stellen im Rahmen einer Plakatkampagne der Öffentlichkeit sieben Argumente für die Abschaffung aller Atomwaffen vor:

1. Terroristen lassen sich nicht von Atomwaffen abschrecken
2. Der Finger ist nach wie vor auf dem

roten Knopf

3. Jetzt im Angebot: Atomwaffen für alle
4. Ein Raucher kann niemandem die Zigaretten verbieten
5. Atomwaffen schützen nicht vor AIDS oder Umweltzerstörung
6. Atomwaffen als Zielscheibe
7. Keine Hilfe im Ernstfall

Diese Argumente werden auf den Plakaten kurz ausgeführt. Daneben wird jeweils ein Bürgermeister einer deutschen Großstadt mit dem Zitat „deswegen bin ich als Bürgermeister für den Frieden und trete mit den Mayors for Peace für atomwaffenfrei bis 2020 ein“, zu sehen sein.

Die Bürgermeister sind Teil der internationalen Organisation Mayors for Peace, deren Präsident der Bürgermeister von Hiroshima Tadatoshi Akiba ist. Mit der Dringlichkeitskampagne 2020 Vision werden sie versuchen, auf die Verhandlungen der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NVV) Einfluss zu nehmen. Diese findet im Mai bei den Vereinten Nationen in New York statt. Die Bürgermeister werden dort den Diplomaten einen Plan vorlegen. Dieser sieht vor, dass die Länder der Weltgemeinschaft im kommenden Jahr Verhandlungen beginnen, die fünf Jahre später abgeschlossen sein sollen. Bereits im Jahr 2020 könnten dann sämtliche weltweiten Nuklear-Arsenale geräumt sein. www.ippnw.de



„Mal Dir den Frieden“ – Aufruf zu örtlichen Malaktionen

BERLIN. Im April 2005 soll in New York ein Meer von bunten Tüchern mit Friedensvisionen aus aller Welt die DiplomatenInnen und PolitikerInnen auf ihrem Weg in die UNO zu den Verhandlungen über die Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages begrüßen. Mit dieser Aktionsidee will der deutsche Trägerkreis „Atomwaffen Abschaffen“ die Bürgermeisterkampagne unterstützen, sich für die Verabschiedung einer Atomwaffenkonvention einzusetzen. Die bunt bemalten Tücher sollen den Wunsch der Menschen nach einer friedlichen Welt ohne Atomwaffen sichtbar werden lassen. Die Kampagne will zeigen, dass atomare Abrüstung bis zur UN nach New York reicht, aber lokal anfängt. Insofern sollen mit den Ideenwettbewerben auch diejenigen, die nicht nach New York kommen können, öffentlich präsent sein. Bereits bei der Global Citizens Assembly in Nagasaki flatterten Hunderte von Tüchern, gemalt von japanischen SchülerInnen und KünstlerInnen. Selbst Kindergärten hatten zu den farbenfrohen Bildern „Mal dir den Frieden“ beigetragen.

www.atomwaffenfrei.de

BISS demonstriert gegen die „Arroganz der Mächtigen“

MÜNCHEN. Anlass ist das 12. Münchner Management Kolloquium an der TU mit dem Thema „Wertschöpfung und Wettbewerb“. „Haben Unternehmen eine Heimat?“ – ein Treffen deutscher Spitzenmanager, die unter anderem über „Verantwortung“ sprechen. Ursprünglich wollte Geschäftsführerin Hildegard Denninger den teilnehmenden Managern in 15 Minuten das BISS-Konzept vorstellen, das genau auf diesen Werten basiert, die in den beiden Tagen diskutiert werden. BISS ist ein Beispiel dafür, dass verantwortliches wirtschaftliches Handeln, das den Menschen in den Vordergrund stellt, auch erfolgreich ist. Das Projekt hat immerhin in elf Jahren 35 feste Arbeitsplätze davon 30 für (ehemals) obdachlose Menschen geschaffen.

Nachdem die Veranstalter die Anfrage ignorierten, wollte BISS nur jeweils einen persönlichen Brief an die Referenten überreichen, der die „Global Players“ auch an ihre Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl erinnert. Schließlich profitieren die Konzerne auch von Investitionshilfen, Steuervorteilen und einem sicheren Standort und gut qualifizierten Arbeitskräften. Doch die verantwortlichen Organisatoren verweigerten BISS in einem rüden und arrogantem Ton den Zutritt zur TU.

BISS-Geschäftsführerin Hildegard Denninger findet: „So müssen wir uns nicht behandeln lassen. Wir möchten den ‚Global Players‘ unseren Standpunkt mitteilen, und ihnen zeigen, dass sich verantwortliches Handeln rechnet.“ Deshalb fand am Mittwoch, den 2. März, eine Demonstration statt. Horst Wildemann, Betriebswirtschaftler und Veranstalter des Kolloquiums, der sogar mit einer Anzeige drohen ließ, sollte die BISS-Chefin auf die Tagung kommen, war nun doch bereit, 68 der Anschreiben und die aktuelle BISS-Ausgabe mit dem passenden Schwerpunktthema „Zivilisation“ weiter zu geben.

www.indynews.net

„Ja“ zum Volksbegehren der Blinden Selbsthilfe in Niedersachsen

HANNOVER. Mit der Aktion „Soziale Eiszeit“ am 9. März auf dem Kröpcke – mitten in der City von Hannover – wollen ca. 100 blinde Bürger zwischen 16 und 17 Uhr auf ihre jetzt noch mehr benachteiligte Situation aufmerksam machen. Seit der nahezu kompletten Streichung des Landesblindengeldes kurz vor Weihnachten letzten Jahres, müssen über 90% der blinden, hochgradig sehbehinderten und mehrfachbehinderten blinden Menschen, darunter auch Taubblinde, mit diesem Rückfall in eine neue sozialpolitische Eiszeit leben. Doch damit wollen sie sich nicht abfinden! In

dem Volksbegehren, das im April anlaufen soll, liegt die ganze Hoffnung dieser vom Schicksal benachteiligten Menschen, doch noch das bisherige Landesblindengeld wieder zu erlangen. Deshalb wird zum Mitmachen aufgerufen.

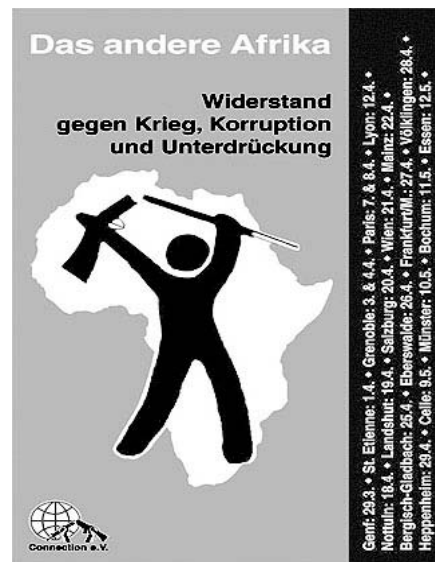
www.blindengeld-volksbegehren.de

Das andere Afrika – Veranstaltungen im April/Mai mit Emanuel Matondo

OFFENBACH. Zumeist geraten die Ereignisse in Afrika nur ins Blickfeld, wenn über Kriege, Flüchtlinge oder Hungerkatastrophen berichtet wird. Nur selten, wie bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Kenianerin Wangari Maathai, wird ein anderes Bild gezeigt: Frauen und Männer, die trotz Gewalt, Diktatur, Korruption sowie Raubbau an den Naturschätzen nicht resignieren. Sie kämpfen für ihre Zukunft und fordern ein Ende der Herrschaftsgewalt und der Kultur der Straflosigkeit gegenüber den Herrschenden. Sie wenden sich gegen die massive Unterstützung der Despoten durch die Industrieländer. Die Menschen organisieren sich mitten im Krieg oder Bürgerkrieg. Als Gruppen versuchen sie, die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Menschenrechte durchzusetzen. Sie organisieren praktische Abrüstungsmaßnahmen und engagieren sich für eine friedliche Veränderung der Gesellschaft. Der angolanische Kriegsdienstverweigerer Emanuel Matondo wird über solche Ansätze und Aktivitäten berichten. Er wird deutlich machen, welche Rolle die Industrieländer im reichen Kontinent Afrika spielen. Er wird auf die Situation von Menschen aufmerksam machen, die aufgrund der Repressionen im Herkunftsland nach Europa fliehen müssen. Termine gibt es u.a. in Bensheim, Bergisch-Gladbach, Bochum, Celle, Eberswalde, Essen, Frankfurt/M., Landshut, Heppenheim, Mainz, Münster, Nottuln, Völklingen.

www.connection-ev.de

Zusammenstellung: baf



Wir dokumentieren aus der Auseinandersetzung in Berlin:

- Dok. 1: Antrag der PDS-Verordneten, Änderungsantrag und Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung
- Dok. 2: Flugblatt von Sieglinde Wagner und der PDS Steglitz-Zehlendorf
- Dok. 3: Aufruf für eine Kundgebung am 16. März
- Dok. 4: Rede der PDS-Verordneten am 19.2. vor der Bezirksversammlung

Unter dem Druck der Öffentlichkeit

Berliner CDU streitet um die Bedeutung des 8. Mai 1945

BERLIN. Der im Südwesten Berlins gelegene Bezirk Zehlendorf mit den Ortsteilen Dahlem und Wannsee gilt schon immer als sehr vornehm. Hier wohnen viele Reiche, viele Prominente aus Wirtschaft und Politik, ein Kernbezirk des alten Westberlin. Auch nach der Bezirksreform und dem Zusammenschluss mit dem etwas durchmischteren Steglitz zum neuen Bezirk Steglitz-Zehlendorf dominieren nach wie vor die Konservativen die Bezirkspolitik.

In der Bezirksverordnetenversammlung ist seit den letzten Wahlen auch eine Verordnete der PDS vertreten. Die „Einzelverordnete“ Sieglinde Wagner, wie sie in Anspielung auf den nicht vorhandenen Fraktionsstatus der PDS seitens der Bezirkspolitiker der CDU bezeichnet wird, hat schon bei vielen Gelegenheiten die Ignoranz und die extrem antikommunistische Grundhaltung der CDU-Verordneten im Bezirk kennenlernen dürfen. Es begann mit Auseinandersetzungen um einen Raum im Rathaus für Sprechstunden der gewählten Mandatsträgerin, um ein entsprechendes Türschild, einen Telefonanschluß und etlichen kleinlichen Gehässigkeiten, mit der man stets deutlich machte: Mit PDS-Politikerinnen will man in Steglitz-Zehlendorf nichts zu tun haben.

Die Anträge von Sieglinde Wagner in der Bezirksversammlung trafen bislang in der Regel auf Nichtbeachtung. Im November 2004 nun hatte Sieglinde Wagner einen unscheinbaren Antrag eingebracht, der die Würdigung des 60. Jahrestages des Kriegsendes im Bezirk zum Gegenstand hatte. Schon bei Einreichung des Antrages hatte man der PDS-Verordneten wissen lassen, dass dieser Antrag keine Aussicht habe. Da müsse erst ein „anständiger“ Antrag draus gemacht werden. Was damit gemeint war, stellte sich erst später heraus. Mittels eines Änderungsantrages zum Antrag von Sieglinde Wagner setzten CDU und FDP durch, dass neben der Befreiung vom Nazi-Regime am 8. Mai 2005 auch des Schreckens und des Leides gedacht werden möge, „den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten“ habe. Das Bezirksamt solle, so der Beschluss der Bezirksversammlung vom 19. Januar 2005, neben der Nazi-Opfer auch „der Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges“ gedenken.

Der durch die Fraktionen von CDU und FDP durchgesetzte Beschluss stellt keine einmalige Entgleisung dar. Die tief verwurzelte Haltung in den Reihen der bürgerlichen Mitte im Berliner Südwesten hat Tradition. Es ist genau zehn Jahre her, dass die politischen Mehrheiten von CDU, FDP und Republikanern gemeinsam in der BVV versuchten, die Errichtung der Spiegelwand zu verhindern. Die Spiegelwand ist eine Gedenkstätte zu Ehren der während der Nazi-Herrschaft deportierten Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens. Noch im Mai 2003 hat das Bezirksamt es offiziell abgelehnt, an einer Veranstaltung zu Ehren und in Anwesenheit der noch überlebenden ehemaligen KZ-Häftlinge des Außenlagers im Ortsteil Lichterfelde offiziell teilzunehmen und Sitzgelegenheiten für die Feierstunde zur Verfügung zu stellen. Auch der Antrag, die Treitschkestraße im Bezirk umzubenennen, scheiterte an der CDU. So wird in Steglitz-Zehlendorf immer noch ein Historiker geehrt, der den Antisemitismus in bürgerlichen Kreisen salonfähig machte.

Der Beschluss vom 19. Januar 2005 allerdings wurde nunmehr der breiteren Öffentlichkeit bekannt im Zusammenhang mit der Diskussion über die Vorkommnisse im Sächsischen

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin



Beschluss

vom / der
BV Wagner (fraktionslos)

Drs. Nr.: 1398/II
Status: öffentlich
Datum: 10.11.2004
Verfasser: Wagner

8. Mai 2005

Beratungsfolge:

Datum	Ausschuss	Sitzung	Erledigungsart
17.11.2004	BVV	30.	Überwiesen
09.12.2004	PV	20.	Abgelehnt
19.01.2005	BVV	32.	Angenommen

Die BVV möge beschließen:

Den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Alliierten Streitkräfte am 8. Mai 1945, der von den meisten Völkern Europas seit dem als Tag der Befreiung und Tag des Sieges begangen wird, auch im Bezirk im Rahmen eines Gedenktages mit geeigneten Veranstaltungen zu würdigen, die seinem Rang als europäischen Tag des Erinnerns gerecht werden.

Vertreter/innen der Fraktionen und die Einzelverordneten der BVV bilden eine Arbeitsgruppe, die gemeinsam mit Vertretern/innen des Bezirksamtes Vorschläge erarbeiten und der BVV bis Februar 2005 vorlegen. Dabei sollte auch die Einbeziehung der Schulen in die Vorbereitung des Jahrestages angestrebt werden.

Die Begründung erfolgt mündlich.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 09.11.2004

Sieglinde Wagner

Der Antrag wurde am 09.12.2004 in der 20. Sitzung des Ausschusses für Personal und Verwaltung beraten und wie folgt geändert:

„Die BVV möge beschließen:

Den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Alliierten Streitkräfte am 8. Mai 1945, der von den meisten Völkern Europas seit dem als Tag der Befreiung und Tag des Sieges begangen wird, auch im Bezirk im Rahmen eines Gedenktages mit geeigneten Veranstaltungen zu würdigen, die seinem Rang als europäischen Tag des Erinnerns gerecht werden.

Das Bezirksamt möge bis zum 31.01.2005 unter Einbeziehung der Fraktionen ein Konzept zur Gestaltung des Tages erarbeiten und der BVV als Vorlage zur Kenntnisnahme vorlegen.“

Bei einer Abstimmung wurde der Antrag in der geänderten Fassung mit 6 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt. Der Bezirksverordnetenversammlung wird die Ablehnung des Antrags in der geänderten Fassung empfohlen.

Grimpe-Christen
Ausschussvorsitzende

In der 32. Sitzung der BVV vom 19.01.2005 bringen die Fraktionen der FDP und der CDU einen Änderungsantrag zur Drs. Nr. 1398/II ein.

Bei einer Abstimmung über die vorliegende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Personal und Verwaltung zur Drs. Nr. 1398/II wird diese mit 21 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Bei einer Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP- und der CDU-Fraktion zur Drs. Nr. 1398/II wird dieser mit 26 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen angenommen.

Der angenommene Änderungsantrag lautet:

„Die BVV möge beschließen:

Das BA würdigt im Rahmen einer Veranstaltung den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 2005.

Der 8. Mai 1945 steht neben der Befreiung vom totalitären Naziregime auch für den Schrecken und das Leid der Bevölkerung, den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten hat.

Im Rahmen der Veranstaltung gedenkt das BA der Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, der Kriegsoffer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges.

Der 8. Mai 1945 ist auch die Voraussetzung für das Bestehen unserer heutigen Bundesrepublik Deutschland, der längsten deutschen Demokratie in der Geschichte.

Das BA möge den Ausschussmitgliedern des PV- und BiKu-Ausschusses bis zur jeweiligen März-Sitzung ein schriftliches Konzept zuleiten.“

Eichstädt
Bezirksverordnetenvorsteher

3 Aufruf zur Kundgebung am 16. 3. 2005

Wir Bürgerinnen und Bürger in Steglitz – Zehlendorf distanzieren uns von dem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung zur Gedenkveranstaltung am 8. Mai. Wir sind entsetzt über die mangelnde politische Sensibilität der Mehrheitsfraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf.

Der Opfer aller Kriege gedenken wir am Volkstrauertag.

Der 8. Mai aber ist der Tag des Gedenkens an unsere Befreiung von der Nazidiktatur. Die Kriegsfolgen der deutschen Bevölkerung sind ursächlich durch den Angriffskrieg Deutschlands bedingt.

Täter und Opfer dürfen nicht verwechselt werden.

Wir fordern nachdrücklich die Rücknahme des beschämenden Beschlusses.

Am 16. März 2005 tagt die Bezirksverordnetenversammlung.

Wir rufen auf zu einer Kundgebung am 16. März 2005 um 15.30 Uhr vor dem Rathaus Zehlendorf, Teltower Damm.

Zeigen Sie mit Ihrer Teilnahme Ihre Zustimmung für dem Aufruf. Es werden Vertreter der Initiativen und Organisationen sprechen, die sich bisher öffentlich gegen die Beschlüsse der BVV Steglitz Zehlendorf gewendet haben. Parteienvertreter werden nicht sprechen.

Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme!

Es rufen auf: Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde e.V., Initiative Haus Wolfenstein e.V., VVN-VdA e.V. Berlin-Südwest; Jüdische Gemeinde zu Berlin, Betergemeinschaft Sukkat Schalom Hüttenweg e.V.; Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit; Prof. Dr. Hajo Funke, Otto-Suhr-Institut, FU Berlin; Dr. Udo Schagen, Institut der Geschichte der Medizin der Charité Berlin; DGB Region Berlin, ver.di Ortsverein Berlin Südwest; GEW Steglitz-Zehlendorf; IG Metall Verwaltungsstelle Berlin; IG Metall Bezirksleitung Berlin, Brandenburg, Sachsen; SPD Kreis Steglitz-Zehlendorf; PDS Steglitz-Zehlendorf; Bündnis 90-Grüne Kreis Steglitz-Zehlendorf; ASG Bezirksgruppe Steglitz-Zehlendorf Sozialistische Jugend „Die Falken“ Steglitz-Zehlendorf; Verein zur Förderung der politischen Bildung e.V. **Vi.S.P. und Anmelder der Kundgebung:** Peter Senft, IG Metall Bezirksleitung Berlin, Brandenburg, Sachsen Alte Jakobstrasse 149, 10969 Berlin;

Sieglinde Wagner

4

Rede in der BVV am 16. 2. 2005 zum 8. Mai 2005

Der sog. Änderungsantrag Drs.Nr. 1398 und der entsprechende mit den Mehrheiten von CDU und FDP abgestimmte Beschluss haben in den letzten Wochen in der Stadt hohe Wellen geschlagen. (Es hat offensichtlich bei Ihnen nichts bewegt.) Als Initiatorin des ursprünglichen Antrags möchte ich, nachdem ich bereits die Art des Umgangs mit meinem Antrag in der letzten BVV kommentiert habe, ein paar inhaltliche Bemerkungen machen. Mein Antrag beinhaltete die klare Aussage, den 8. Mai 2005 als Tag der Befreiung im Bezirk feierlich zu begehen. Warum auch im Bezirk, wo doch berlinweit viele Gedenkveranstaltungen stattfinden? Gerade im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, dessen politische Mehrheiten sich mit der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus schwer tun, hielt ich eine Gedenkfeier für wünschenswert. Es ist genau zehn Jahre her, dass die politischen Mehrheiten von CDU, FDP und Republikanern gemeinsam in der BVV versuchten die Errichtung der Spiegelwand zu verhindern. Es ist nicht lange her, nämlich am 8.5.2003, dass das BA es offiziell abgelehnt hat, an diesem Tag an einer Veranstaltung zu Ehren und in Anwesenheit der noch überlebenden ehemaligen KZ-Häftlinge des Außenlagers Lichterfelde offiziell teilzunehmen und Sitzgelegenheiten für die Feierstunde zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht lange her, dass der Antrag, die Treitschkestraße in Kurt-Scharf-Straße umzubenennen scheiterte. So wird immer noch ein Historiker geehrt, der den Antisemitismus in bürgerlichen Kreisen salonfähig machte. Mit Ihrem sog. Änderungsantrag legen Sie, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, das dazu passende historische Verständnis offen. Sehen wir einmal davon ab, dass Sie in ihrem Änderungsantrag mit dem Rückgriff auf den Totalitarismusbegriff in dieser verkürzten Form die erforderliche Differenziertheit beim Gebrauch dieses Terminus vernachlässigen und ihn funktionalisieren. Wenn Sie das totalitäre Naziregime in eine Reihe mit den „Schrecken“ der Roten Armee setzen, so bleibt mir festzuhalten, wie gut, dass diese Armee bei ihrem Feldzug an Auschwitz vorbeikam! Zu Recht hebt der Sprecher der Russischen Botschaft Michail Grabar im rbb-Rundfunk hervor, dass die Rote Armee nicht auf eigene Initiative nach Deutschland gekommen sei. Ihre Gegenoffensive hat dem völkermörderischen Feldzug der Wehrmacht Einhalt geboten und ihn schließlich beendet. Die Formulierung Ihres Antrags mit den

Landtag. Die Verordnete Sieglinde Wagner und die PDS machten Presse und Öffentlichkeit auf die Vorgänge in diesem Zusammenhang aufmerksam. Opferverbände und Jüdische Gemeinde reagierten empört, warfen den Fraktionen von CDU und FDP vor, Opfer und Täter auf eine Stufe zu stellen.

Auf der zweiten turbulenten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung in 2005 am 19. Februar kam es zum Eklat. CDU und FDP blieben trotzig bei ihrer Linie. Bezirksbürgermeister Weber suchte in seiner Rede, die fast ausschließlich aus Zitaten bestand, den Beschluss zu verteidigen, und der CDU-Bezirkspolitiker und Jurist Torsten Hippe ließ gar gegenüber der Presse verlauten, Bombenkrieg könne „Terror“ sein, und er könne es auch nicht ändern, wenn sich seine Überzeugungen teilweise mit denen der NPD deckten. Diese Äußerung zerlegt seitdem die CDU. Der Landesvorstand verlangt den Parteiausschluss von Hippe und stellt sich andererseits vor den Bezirksbürgermeister. Der Kreisvorstand stellt sich vor Hippe und stellt fest, Hippe sei kein Rechtsradikaler.

Opferverbände, die evangelische Kirche im Bezirk, Gewerkschaften und Parteien sowie jüdische Organisationen rufen auf zur Kundgebung am 16. März, der nächsten Bezirksverordnetenversammlung. Der Druck seitens des Landesvorstandes der CDU auf die Bezirkspolitiker wird größer. Spekuliert wird über einen neuen gemeinsamen Beschluss der Bezirksversammlung im März. Gespräche mit der SPD seien aufgenommen. Die Ignoranz gegenüber der PDS-Verordneten hingegen wird weiter gepflegt. Die Auseinandersetzung zeigt, wie weit die Kalkulationen der NPD auf Unterstützung ihrer Positionen durch das bürgerliche Lager zu treffen.

(brr)

Was die NPD kann, können CDU und FDP in Steglitz-Zehlendorf schon lange

Ist Ihnen bekannt,

dass, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit – 2 Tage vor dem Eklat im sächsischen Landtag – die BVV Steglitz-Zehlendorf am 19.1.2005 mit ihrer CDU/FDP Mehrheit einen Antrag zum „Gedenken“ am 8. Mai 2005 verabschiedet hat, in der es u.a. heißt:

„...Der 8. Mai 1945 steht neben der Befreiung vom totalitären Naziregime auch für die Schrecken und das Leid der Bevölkerung, den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten hat. Im Rahmen der Veranstaltung gedenkt das BA (Bezirksamt) der Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, der Kriegsoffer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges...“

Damit begeben sich die Steglitz-Zehlendorfer CDU und FDP in bedrohliche Nähe der Neofaschisten, die Deutsche zu den eigentlichen Opfern des Krieges stilisieren.

Ausfluss dieser Haltung ist, dass es trotz mehrerer Versuche der Umbenennung weiterhin eine Treitschkestraße im Bezirk gibt und, dass das Denkmal für die jüdischen Mitbürger/innen die „Spiegelwand“ nur mithilfe des damaligen Bausenators Nagel gegen die damaligen Bezirksmehrheiten von CDU, FDP und Republikanern durchgesetzt werden konnte.

Es bedarf also keiner Reise nach Sachsen, sondern es reicht ein Ausflug in den Südwesten Berlins, um die Biedermänner und Brandstifter zu treffen, die sich weigern, historische Wahrheiten akzeptieren.

Weitere Informationen erhalten Sie von der Einzelverordneten der PDS Steglitz-Zehlendorf

www.pds-steglitz-zehlendorf.de

2

Worten „neben...auch...“ stellt eine Gleichsetzung von Ursache und Wirkung dar und relativiert damit auf eine unerträgliche und beschämende Weise die weltgeschichtlich einmaligen Verbrechen der Nazis. Sie negiert,

– dass den Hauptblutzoll des 2. Weltkriegs, die Bevölkerung der SU gezahlt hat,

– dass die deutsche Wehrmacht mit der Taktik der verbrannten Erde 25 Mio. Sowjetbürger/innen, davon 15 Mio. Zivilisten/innen größtenteils vorsätzlich tötete und unermessliche Schäden zwischen der ehemaligen Ostgrenze des deutschen Reichs und Stalingrad hinterließ,

– dass der Einmarsch der Ro-

→ ten Armee von Ostpreußen bis nach Berlin für große Teile der dortigen Bevölkerung und der Überlebenden der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager eine Befreiung bedeutet hat, – dass auch in West-Europas Kriegshandlungen stattfanden, die Leid und Schrecken hervorriefen.

In dem darauffolgenden Satz werden „die Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, die Kriegsoffer, Flüchtlinge, Vertriebene, geschändete Frauen und die Opfer des sinnlosen Bombenkrieges“ in einem Atemzug genannt. Dies ruft den Eindruck der Gleichsetzung und der Aufrechnung, den Eindruck der Beliebigkeit hervor. Wie der Leiter der Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“, Norbert Kampe, zu Recht in der *Berliner Zeitung* bemerkte, handelt es sich hier um einen „Geschichteintopf“. Ein Blick in die Literatur zum Nationalsozialismus, zu der durch den Nationalsozialismus erfolgten Massenvernichtung von Juden/innen und Sinti und Roma, zur politischen Verfolgung von Homosexuellen, Behinderten, politisch und religiös Andersdenkenden weist dieses als singuläres Ereignis in der Geschichte aus. Und als solches und nichts anderes ist es zu bewerten! Hinsichtlich der erwähnten „Opfer des sinnlosen Bombenkriegs, von Gräueltaten und Vergewaltigung“ nur soviel: Über die Sinnlosigkeit des Bombenkriegs hat es in den letzten Jahren kontroverse historische Debatten gegeben, die noch nicht abgeschlossen sind. Da die Formulierung aber auch in diesem Fall unpräzise ist, bleibt auch unklar, um welche Bombenopfer es sich handelt. Sind die Opfer des deutschen Luftangriffs auf Coventry und auf Guernica eingeschlossen? Fakt ist, dass der zweite Weltkrieg eine anderes Ende nahm als der erste: Während am Ende des ersten Weltkriegs Matrosen und Soldaten gegen ihr sinnloses Abschlagen revoltierten, hatte in der Endphase des 2. Weltkrieges der Kriegsverlauf gezeigt, dass die Hitler-Truppen, obwohl in strategisch aussichtsloser Lage, aus den Ballungsräumen heraus den Alliierten Truppen noch schwerste Verluste zufügen konnten. Das Konglomerat aus Nazi-Organisationen und Wehrmacht, das an den Fronten politische Macht ausübte, war nicht zur Kapitulation bereit. Grund dafür war nicht nur die Angst vor Strafe, sondern die Hoffnung, es möge zu einem Zerwürfnis zwischen den Westalliierten und Sowjetrußland kommen, in dem Nazideutschland eine Rolle spielen könnte. Das war die Situation, in der es zu den Gräueltaten der Roten Armee kam, einer Armee, die auf einer von den Nazis gezogenen Spur von Terror und Vernichtung bis an die Grenzen des Dt. Reichs gekommen war. Ausgangspunkt dieser Leiden ist daher das spezifische Kriegsverbrechen, das darin liegt, in einer strategisch aussichtslo-

sen Situation nicht zu kapitulieren, sondern zu kämpfen wie jemand, dem es nur noch darum zu tun ist, andere mit in den Tod zu reißen. Wir dürfen uns dieser Analyse der geschichtlichen Ereignisse nicht verweigern. Auch das individuell erlebte und erlittene Leid darf den Blick nicht verstellen vor den politischen Ursachen.

Abschließend möchte ich mich noch zu zwei Themen aus der Debatte der BVV im Januar äußern, die von Herrn Hippe angesprochen wurden:

1. Die Kausalitätsfrage

2. Die Identitätsstiftung

1. Herr Hippe meint, die Frage nach der Kausalität verbiete sich. Dem widerspreche ich und stelle fest, dass die Frage der Kausalität der Entwicklungen bis zum 8. Mai 1945 natürlich ganz entscheidend ist. Nur eine radikale Analyse des Faschismus stellt uns ein umfassendes erkenntnistheoretisches Instrumentarium zur Verfügung für seine dauerhafte zukünftige Überwindung. Zu dieser Analyse gehört, so schmerzlich es sein mag, dass große Teile des deutschen Volkes in den Nationalsozialismus verstrickt waren, ihn mitgetragen haben. Ich erinnere Sie daran, dass wir zu dieser Frage vor eineinhalb Jahren die Ausstellung von Prof. Dreßen „Aktion 3. Deutsche verwerten ihre jüdischen Nachbarn.“ in der VHS hatten, die dieses eindrücklich unter Beweis gestellt hat.

Aber zu der Frage der Kausalität haben Sie Herr Hippe in Ihrer Rede Ungeheuerlichkeiten geäußert, die ich mit Erlaubnis des Vorstehers zitiere: „Es mag sein, dass Hitler (Unruhe im Saal) und es ist so, dass Hitler einen Angriffskrieg geführt hat gegen die Sowjetunion.“ Was meinen Sie damit? Mag es sein, könnte es sein, möchte es sein oder ist es so? War Ihnen Ihre erste Äußerung herausgerutscht und Sie sahen sich nach den Protesten zur Korrektur genötigt? Zum anderen scheinen Sie andeuten zu wollen, dass Deutschland die SU angegriffen hat, um der „Hochrüstung der SU“ und den dortigen Säuberungen ein Ende setzen zu wollen. Sie werden uns das sicherlich im Verlauf der Debatte darlegen können, was Sie damit gemeint haben.

2. Identitätsstiftung durch den 8. Mai

Gerade der Sieg über ein menschenverachtendes Regime, das von Deutschland ausging, mahnt unsere besondere Verantwortung an und zwar immer wieder neu. Gerade für den Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses ist dies unabdingbar. Das ist Identitätsstiftung auf der Basis eines in die Zukunft gewandten, zum Eingreifen auffordernden Erinnerns so wie es im Buchenwald-Schwur heißt: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Erklärung zum Rechtsradikalismus:

KÖLN/BERLIN. Das Präsidium des Deutschen Städtetages beobachtet mit großer Sorge das neuerliche Erstarken rechtsradikaler Kräfte in Politik und Gesellschaft. „Die deutschen Städte treten für eine wehrhafte Demokratie ein. Sie wenden sich entschieden gegen jegliche radikale Bestrebungen, die nationalsozialistische Terrorherrschaft zu verharmlosen und zu relativieren.“ In der Erklärung vom 18.2.2005 empfiehlt es den Städten:

- in den Räten kontinuierlich eine starke politische Auseinandersetzung mit etwaigen dort vorhandenen radikalen Kräften zu führen und deren unaufrichtige Politik in eine breite Öffentlichkeit zu tragen,
- die demokratische Bürgerschaft zu unterstützen und mir ihr zusammenzuwirken, couragiert gegen die zutiefst menschenfeindliche intolerante Propaganda des Rechtsradikalismus vorzugehen,
- jede Form der Zusammenarbeit demokratischer Parteien mit Rechtsradikalen in den Räten strikt abzulehnen,
- unter Berufung auf bestehende Rechtsprechung zu so genannten „Technischen Fraktionen“, die rechtsradikale kommunale Mandatsträger mit anderen Kräften zur Erlangung finanzieller Vorteile bilden, keine Zuwendungen für die Fraktionsarbeit zu gewähren,
- alle zur Verfügung stehenden rechtstaatlichen Mittel einzusetzen, um ihre städtischen Einrichtungen, wie beispielsweise Stadthallen und Jugendeinrichtungen, nicht als Bühne des Rechtsradikalismus missbrauchen zu lassen.

www.staedtetag.de

Für Infrastrukturprogramm: BERLIN.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DSTGB) hat sich für ein Infrastrukturprogramm ausgesprochen, mit dem die Kommunen die Wirtschaft ankurbeln würden. Dabei reiche es aber nicht aus, den Kommunen nur günstige Kredite anzubieten, wie es die Bundesregierung plane. Statt dessen müsse den Kommunen „echtes Geld zur Verfügung gestellt werden“. Das sei „jedenfalls wichtiger als eine weitere Entlastung der Unternehmen. Denn die haben bedauerlicherweise trotz geringerer Steuersätze nicht dafür gesorgt, dass die Nachfrage gestärkt wird und neue Jobs entstehen.“

Dabei sprach sich Geschäftsführer Landsberg für die Investition in Infrastruktur im allumfassenden Sinne aus. Das betrifft insbesondere Schulen, Wege, Plätze, Schwimmbäder und Sporteinrichtungen. Die wieder herzurichten, hätte auch einen positiven Zusatzeffekt. Die Bürger haben derzeit wenig Zukunftshoffnung. Das ist ein

Grund dafür, dass sie ihr Geld momentan nicht ausgeben. „Wenn sie aber merken, dass es in ihrer Stadt auch mal wieder voran geht, ist das für sie auch ein Hoffnungssignal!“ www.dstgb.de

„Stadt Bochum schafft hunderte Ein-Euro-Jobs“: BOCHUM. „Die Stadt Bochum will möglichst viele Ein-Euro-Jobs schaffen. Bereits in den vergangenen Monaten sind an allen Bochumer Schulen 80 derartige Stellen eingerichtet worden, die Tätigkeiten im Bereich Schulasistenz, Ganztagsbetreuung und Hilfstätigkeiten verrichten. Die Stadt Bochum will auch im Grünflächenbereich und der Altenbetreuung Ein-Euro-Jobs schaffen. Wie die Soziale Liste darüber hinaus erfuhr, hat die Stadt Bochum allein mit dem „Institut für berufliche Bildung Gisela Vogel“ 160 Stellen geplant. Diese Stellen haben eine Laufzeit von neun Monaten. Davon sind 200 Stunden als Qualifizierung im Institut Vogel geplant. Weitere Träger der sogenannten Qualifizierung zum Ein-Euro-Jobber, die die Stadt Bochum einsetzt, sind die Caritas und die AWO.

Die Soziale Liste Bochum lehnt, wie die GEW, das Konzept ab, mit Hilfe der Ein-Euro-Jobs die Offene Ganztagschule zu realisieren.

www.bo-alternativ.de

Kinder werden aus Finanznot aus den Kitas abgemeldet: NORDERSTEDT. Mit Einführung der neuen Sozialgesetzgebungen erhalten ArbeitslosengeldbezieherInnen im Kreis Segeberg weniger Zuschüsse für Kindergartenplätze. Viele Eltern und Alleinerziehende, die bisher von den Kitagebühren gänzlich befreit waren, sollen seit dem 1. Januar für die Unterbringung ihrer Kinder tief in die Tasche greifen. „Beihilfen, zum Beispiel für Möbel oder Bekleidung, wurden von den Sozialämtern bis Ende vergangenen Jahres noch auf Antrag gewährt und einzeln ausbezahlt. Nach der Reform wird dieses Geld pauschal auf das Kalenderjahr verteilt und zusammen mit dem Arbeitslosengeld II ausbezahlt. Folge: Das Einkommen der betroffenen Familien erhöht sich dadurch scheinbar. Die Folgen haben einige Familien im Kreis Segeberg bereits gespürt: In einigen Kommunen wurden nach Zuschussanträgen ablehnende Bescheide erteilt.“ Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt eine Änderung der Sozialstaffel für Kindertagesstättengebühren rückwirkend zum 1. Januar und fordert den Kreistag auf, aktiv zu werden und weitere Ablehnungen der Gebührensuschüsse zu vermeiden. www.infoarchiv-norderstedt.de Zusammenstellung: ulj

Kommunaler Ausverkauf gestoppt

„Riesenerfolg“ des Bürgerentscheides gegen Privatisierung in Mülheim

Der Erfolg hat viele überrascht. 27.435 Mülheimer Bürgerinnen und Bürger stimmten am Sonntag, 27.2.2005, einem „vorbeugenden Bürgerentscheid“ zu, mit dem die weitere Privatisierung kommunalen Eigentums in Mülheim zunächst gestoppt wurde. Das in NRW hohe Quorum von 20 % der Wahlberechtigten wurde damit um 248 Stimmen überschritten. Der Jubel der Träger des Bürgerbegehrens, eines Bündnisses von attac, der Gewerkschaft ver.di, der zweiköpfigen Ratsfraktion „Wir aus Mülheim“, der Grünen und vor allem der seit der letzten Kommunalwahl mit 5 Mandaten im Rat vertretenen Mülheimer Bürger-Initiativen (MBI), war groß. Er bindet die Verwaltung und die privatisierungsfreudige Ratsmehrheit rechtlich für zwei Jahre, politisch wahrscheinlich viel länger.

SPD, CDU und FDP haben in Mülheim in den letzten Jahren große Teile der Abfallentsorgung und der Energie- und Wasserversorgung an den RWE-Konzern verkauft. Während der Konzern Jahr für Jahr neue Spitzenprofite vermeldet, stiegen Müllgebühren, Gas- und Wasserpreise in Mülheim deutlich. Der RWE-Konzern bedankte sich erst Anfang des Jahres bei der Mülheimer Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlendorf (SPD) und berief sie in den Aufsichtsrat. Dass sie dafür 99.000 Euro im Jahr an Aufwandsentschädigung erhält, von denen Frau Mühlendorf zunächst keinen Cent an die Stadt abführen wollte, deckten die MBI auf. Frau Mühlendorfs Begründung: Sie sei als Privatperson in den Aufsichtsrat berufen worden, nicht als Oberbürgermeisterin. Damit setzte sie die Argumentation ihres Vorgängers im RWE-Aufsichtsrat fort. Das war der ehemalige Oberhausener Oberbürgermeister Jochen Drescher (SPD), der vor einem Jahr auf einen lukrativen Posten bei der Ruhrkohle AG wechselte und sein Aufsichtsratsmandat genau deshalb aufgab – er war eben nicht mehr Oberbürgermeister, rein privat, versteht sich.

Insofern ist der Erfolg des Bürgerbegehrens auch ein Signal gegen den in Mülheim besonders dicken Filz. Der Erfolg war tatsächlich alles andere als absehbar, denn es gab keinen konkreten Privatisierungsbeschluss des Rates. In der Diskussion waren allerdings der Verkauf von zwei städtischen Altenheimen und die Übertragung von Schulen an private Bauunternehmen. Das



brachte das Faß zum Überlaufen und dem ersten „vorbeugenden Bürgerentscheid“ gegen den kommunalen Ausverkauf den Erfolg.

Die komplizierte Frage lautete:

„Soll die Stadt Mülheim an der Ruhr es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. der Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge (insbesondere im Bereich der Entsorgung, der Stadtentwässerung, der Versorgung mit Energie und Wasser, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Altenpflege, der Stadtbücherei und der Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen) Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?“

Die einfache Antwort war:

„Ja“.

Lothar Reinhard, Fraktionsvorsitzender der MBI, sieht das Ergebnis denn auch als „Riesenerfolg“ und als Signal auch für andere Städte. Die MBI will die Prioritätenliste des unter Zwangsbewirtschaftung stehenden Haushalts der Stadt Mülheim erneut diskutieren und hat schon längst konkrete Vorschläge, wie die Sanierung der Schulen mit eigenen Mitteln gehen kann.

Raimund Echterhoff, Landesfachgruppenleiter Gemeinden von ver.di, verweist in der „taz“ Ruhr darauf, dass die seit 15 Jahren von vielen Städten verfolgte Strategie der Privatisierung auch unter Gesichtspunkten der Haushaltssanierung gescheitert ist. Die Schulden der Kommunen wachsen, die kommunalen Investitionen, mit denen die lokale Wirtschaft auf Trab gebracht werden könnte, sind „auf historischem Tiefstand“. Der Erfolg des Bürgerentscheids mache dagegen deutlich, dass die Bürger/innen „die Gestaltung der Daseinsvorsorge nicht privaten Unternehmen überlassen wollen.“ (wof)

EU-Dienstleistungsrichtlinie in der Kritik

Am 25. Februar 2004 hat die Europäische Kommission ihren entgeltlichen Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie vorgelegt, dem eine 30-seitige Begründung vorgeschaltet ist und die mit insgesamt 73 Erwägungsgründen beginnt.¹ Vorausgegangen war dem Richtlinienentwurf eine erste Phase, in der die Kommission einen Bericht zur „Umsetzung der Binnenmarktstrategie für den Dienstleistungssektor“² vorlegte, der sich mit Schranken der Dienstleistungsfreiheit befasste.

Die Kommission setzt auf die Argumentationskette: Dienstleistungen sind der Motor der Wirtschaftsentwicklung in Europa (ca. 70% des Bruttoproduktes) und die Freiheit der Anbieter, europaweit agieren zu können (durch nationale Rechtsbestände stärker beschränkt als der Warenverkehr), erhöhe das Angebotsniveau und in der Folge die Qualität von Dienstleistungen; Dienstleistungsfreiheit sei somit, wenn für den Entsprechenden Informationszugang gesorgt würde, ein echter Vorteil für die Verbraucher, die ansonsten von den Vorteilen des Binnenmarktes abgeschnitten würden.

Die Vorlage der Richtlinie hat eine weitreichende Kritik ausgelöst, die vor allem unter den Stichworten Sozialdumping auf dem Arbeitsmarkt und Li-

beralisierung öffentlicher Dienste bzw. Daseinsfürsorge und Umweltstandards geführt wird.

Die Kritik argumentiert im Wesentlichen mit den Verbrauchern (sinkende Qualität durch Liberalisierung und Dumping) und dem Wirtschaftssubjekt, das in der Argumentationskette der Kommission gar nicht vorkommt, nämlich den Beschäftigten (Lohn- und Sozialdumping; Außerkraftsetzen von Arbeitsschutzstandards), die Dienstleistungen ausführen.

Praktisch umfasst die Richtlinie weitgehend alles, was unter dem Titel Dienstleistung läuft. In dem auszugsweise dokumentierten Papier der Gewerkschaft Verdi³, wird ausgeführt, dass damit in einem großen Bogen bestehendes Gemeinschaftsrecht konterkariert oder faktisch außer Kraft gesetzt werden soll.

Der eigentliche Clou liegt jedoch in der Konstruktion der Richtlinie, die als Rahmenrichtlinie deklariert wurde, dann aber mit dem Herkunftslandprinzip im großen Bogen sowohl europäische als auch nationalstaatliche Rechtsgüter mit Bezug u.A. auf Zulassungsanforderungen, Umweltstandards, Tarifstandards, Qualifikationsanforderungen, Standards beim Arbeitsschutz, die Arbeitsbeziehungen und im Gefolge die

Arbeitsgerichtsbarkeit aushebelt. Rahmenrichtlinien setzen normalerweise allgemeine Anforderungen zu spezifischen Gegenständen, die in konkretes nationales Recht umgesetzt werden müssen und lassen strengere Regeln in den Mitgliedsstaaten unangetastet. Hier wird mit dem Herkunftslandprinzip in großem Schwung bestehendes Recht außer Kraft gesetzt.

Die Schwäche der Kritik liegt in der kaum vorhandenen Auseinandersetzung mit der oben beschriebene Argumentationskette der Europäischen Kommission, die sowohl im Bereich des Zugangs zu als auch in dem Bereich des Anbietens von Dienstleistungen die jeweiligen Wirtschaftssubjekte positiv anspricht. Verdi bezieht sich in dem dokumentierten Papier mindestens ansatzweise positiv auf diese Zielstellung und führt dann die Kritik am Entwurf, der jetzt jedoch vorerst durch den Druck aus einzelnen Mitgliedsstaaten und im EP auf Eis gelegt wird. (rog)

QUELLEN:

1 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (von der Kommission vorgelegt) [SEK(2004)21] www.europa.eu.int/comm/internal_market/de/services/ser_vices/index.htm

2 Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 30. 7.2002; KOM(2002) 441 endgültig

3 Verdi: Stellungnahme zum Vorschlag für eine EU-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, [www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x01158750; internal&action=verdi_show_listenkopf_seite.action](http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x01158750;internal&action=verdi_show_listenkopf_seite.action)

ver.di-Stellungnahme zum Vorschlag für eine EU-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt

... (Die) Ziele als solche sind zu unterstützen. Auch ist der Abbau bürokratischer Hindernisse sicherlich sinnvoll. Mit der Dienstleistungsrichtlinie wird aber deutlich, dass die Kommission als wesentliches Prinzip zur Vollendung des Binnenmarktes im Dienstleistungsbereich nach wie vor den Wettbewerb sieht. Dies widerspricht zum einen der Lissabonstrategie aber auch dem Verfassungsentwurf, der die Umgestaltung der reinen EU-Marktwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft vorsieht.

1. Vorgehensweise

Mit dieser Richtlinie möchte die EU-Kommission den gesamten Dienstleistungsmarkt in der EU regeln, egal, ob es sich z. B. um konkrete oder virtuelle Dienstleistungen handelt. Die damit intendierte umfassende Reichweite meint die Kommission erreichen zu können, indem sie von den spezifischen Charakteristika und Inhalten von Dienstleistungen absieht und versucht, sie nur an ihren Markteigenschaften festzumachen (z. B. Kriterium der Entgeltlichkeit) ...

Sie sucht alles dem Prinzip der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zu subsumieren und unterwirft eine unabsehbare Menge von Regelungstatbe-

ständen diesem Prinzip (von Entsendung, über Verbraucherschutz, zu Berufsankennung, zu Gesundheit und internationalem Privatrecht, usw.) – ... Einbezogen werden in unübersehbarer Anzahl oft schon jahrzehntelang geregelte Materien (wie z. B. Zweigniederlassungsrichtlinie, die Entsenderichtlinie, E-Commerce-Richtlinie, Urheberrecht, Fernsehrichtlinie), wie solche, die gerade novelliert werden (Berufsankennungsrichtlinie, internationales Schuldrecht, Verordnung über soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer). Dies führt zu erheblichen Widersprüchen der grundlegenden Prinzipien (Marktort – Arbeitsort – Herkunftsland) und zu unfassbaren Interdependenzen. ...

2. Die soziale Dimension

Die sozialen Bedingungen der Menschen, die in Europa leben und arbeiten, sind nicht weniger wichtig als das Funktionieren des Marktes ...

2.1. Die Entsenderichtlinie von 1996 schreibt eindeutig fest, dem Arbeitsortprinzip folgend, dass die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen des Ortes gelten, wo die Dienstleistung erbracht wird. Dieses muss als Günstigkeitsprinzip umfassende Gültigkeit be-

bzw. erhalten. Deshalb:

- darf die Richtlinie keinen Ansatz bieten (wie mit Art. 24 und 25), das Arbeitsortprinzip der Entsenderichtlinie durch das Herkunftslandsprinzip zu durchlöchern
- muss der Geltungsbereich der Entsenderichtlinie zumindest deckungsgleich mit dem Geltungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie sein. ...
- Da in Deutschland die Entsenderichtlinie nur im „absoluten Muss“, also für den Bausektor umgesetzt wurde, muss das deutsche Entsendegesetz novelliert werden, vor allem mit der Zielrichtung, die Tarifkonditionen des Arbeitsortes für alle Dienstleistungsbereiche festzuschreiben ...

2.2. Wie soziale Konditionen geregelt und eingehalten werden, hängt auch stark davon ab, ob ihre Einhaltung tatsächlich kontrolliert werden kann. Hier ist sicherlich vieles im Argen und es ist zu begrüßen, wenn die Kommission die Kontrollmöglichkeiten bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung verbessern will. Dass sie dabei dem Land, in dem ein Dienstleister niedergelassen ist (Herkunftsland), mehr und klarere Verpflichtungen auferlegt, ist gut. Dies darf aber nicht

einhergehen mit der Verminderung von Kontrollmöglichkeiten des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird (Art. 24 und 25). ...

2.3. Für die Qualität von Dienstleistungen ist es wesentlich, welche beruflichen Qualifikationen ein Dienstleistungsanbieter aufweist.

Mit dem vorliegenden Entwurf einer Richtlinie zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen wird eine EU-weite Harmonisierung angestrebt.

Die Dienstleistungsrichtlinie muss damit kohärent sein. ...

2.4. *Leiharbeit*: Leiharbeit ist zum einen von der Entsenderichtlinie umfasst. Deshalb unterstreicht auch diese Thematik das unter 2.1 Angeführte.

Es ist jedoch schon lange klar, dass die Entsenderichtlinie Leiharbeit nicht im nötigen Maße regelt, weshalb eine eigenständige europaweite Regelung der Leiharbeit in Angriff genommen wurde. Dieser Richtlinienentwurf liegt auf Eis – er muss verabschiedet werden ...

3. Qualität von Dienstleistungen und Verbraucherschutz

Die Ausdehnung des Dienstleistungsmarktes setzt zwingend voraus, dass qualitativ hochwertige Dienstleistungen angeboten werden und die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Lage sind, solche verlangen und kontrollieren zu können ... Die umfänglichen Informationspflichten seitens der Dienstleistungserbringer bzw. ihrer Staaten zugunsten der Dienstleistungsempfänger schaffen einheitliche Rahmenbedingungen, die sich auf die Qualität von Dienstleistungen auswirken, und sind sehr zu begrüßen. Da sie als Pflicht für alle Mitgliedstaaten vorgeschrieben werden, erhöhen sie das Vertrauen in die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen.

Derartige Regelungen sind wichtig und dienen als Absicherung eines Mindest-Qualitätsniveaus in der EU. Dennoch bleibt es mittelfristig der richtige Weg, eine europaweite Harmonisierung von Qualitätsstandards auf hohem Niveau voranzubringen; die erwähnten europäischen Maßnahmen zur Qualitätssicherung, wie Zertifizierung, Normung, Gütesiegel usw., müssen vertieft und erweitert, ihre Verbindlichkeit verbessert werden. ...

4. Reichweite

In ihren Entwurf will die Kommission im Prinzip sämtliche Dienstleistungen einbeziehen, das heißt ohne ihren Charakter, ohne ihre Spezifika usw. zu berücksichtigen. Dabei kommt es bei der Definition des Geltungsbereiches (Art. 2) zu zumindest missverständlichen Formulierungen. Deshalb sind in Art. 2 klar auszunehmen:

- Verkehrsdienstleistungen ...
- Gesundheitsdienstleistungen ...
- Wasserver- und Abwasserentsorgung ...
- Audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen ...

- Daseinsvorsorge ...

5. Niederlassungsfreiheit ...

6. Herkunftslandprinzip und Ausnahmen ...

7. Schlussfolgerungen

Es ergeben sich neben den im einzelnen bereits genannten Forderungen zusammenfassend insbesondere folgende Schlussfolgerungen: (•...)

- Nationale Gesetzgebung und/oder *Tarifverträge* über Löhne, Arbeitsbedingungen sowie Sicherheit und Gesundheitsschutz müssen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten, die im Hoheitsgebiet des jeweiligen Landes tätig sind. Lücken müssen beseitigt werden.

- Das *Herkunftslandprinzip* sollte auf der Basis harmonisierter, sektoraler Bedingungen angewandt werden, wie z.B. von den europäischen Sozialpartnern im privaten Wach- und Sicherheitsgewerbe gefordert, oder auf grundlegenden Harmonisierungen, wie sie z.B. mit dem Richtlinienentwurf zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise vorliegen.

- Der Richtlinienentwurf über Dienstleistungen im Binnenmarkt muss im Hinblick auf die Arbeitsbeziehungen genau geprüft werden. ver.di wendet sich gegen alle Initiativen oder Auslegungen des Herkunftslandprinzips, das die nationalen, auf Tarifverträgen beruhenden Gepflogenheiten auf dem Arbeitsmarkt direkt oder indirekt unterwandern und gleichzeitig zu einem dramatischen Anstieg der Gefahr des *Sozialdumpings* führen würde.

- Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen müssen in allen der Richtlinie unterliegenden Bereichen ausnahmslos dem *Arbeitsortprinzip* unterliegen. Zeitgleich zur Verabschiedung der Richtlinie muss deshalb die Entsenderichtlinie entsprechend geändert werden. Ohne ein derartiges Junktim kann und darf es keine Dienstleistungsrichtlinie geben. (•...)

- Die *Kontrolle* muss der Verantwortung des Landes unterliegen, in dem die Dienstleistung erbracht wird, ...

- Die *Leiharbeitsagenturen* dürfen nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen, und die Entscheidungsträger der EU müssen dem noch offenen Rechtstext den Vorrang geben.

- Alle Verkehrsdienstleistungen, Dienstleistungen der Gesundheitsversorgung, alle sozialen Dienste und die Übernahme der Kosten, alle audiovisuellen und kulturellen Dienste sowie Dienste der Versorgung und Entsorgung müssen vollständig vom *Anwendungsbereich* dieser Richtlinie ausgenommen werden.

- Zumindest sollte das Rechtssetzungsverfahren für diese Richtlinie solange nicht weiter verfolgt werden, solange nicht eine *Rahmenrichtlinie zu Diensten von allgemeinem Interesse* erarbeitet ist.

BDA und DIHT gegen Antidiskriminierungsgesetz. HB, Fr/Sa,

25./26.2.05. Die Wirtschaft kritisiert, dass der Gesetzesentwurf deutlich über die EU-Vorgaben hinausgehe. Er schaffe mehr Bürokratie und belaste die Arbeitgeber übermäßig, so BDA-Präsident D. Hundt. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des (DIHK), warnte, das ganze Projekt belaste das Reformklima in Deutschland und erzeuge „nahezu vorsätzlich“ schlechte Stimmung in den Betrieben. Hundt bemängelte, dass beispielsweise die EU-Richtlinien keine Haftung des Arbeitgebers für Dritte vorsähen. Dies könne dazu führen, dass eine Kassiererin im Supermarkt, die von einem Kunden in diskriminierender Weise beschimpft werde, den Arbeitgeber auf Schadensersatz verklagen könne.

Sozial-Leitlinien für Firmen werden ausgearbeitet.

Die Internationale Normierungsorganisation ISO beschloss Mitte Juni 2004 auf der internationalen Konferenz zu „Social Responsibility“ (Soziale Verantwortung) Leitlinien zur konkreten Umsetzung gesellschaftlicher Verantwortung für Unternehmen. Beim Deutschen Institut für Normung (DIN) wurde im Dez. 2004 ein Arbeitsausschuss von 28 Vertretungen aus Wirtschaft, Gewerkschaften, öffentlicher Hand und Verbraucher-, Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen, der Wissenschaft sowie anderer Organisationen gegründet. Das Bundeswirtschaftsministerium allerdings lässt wissen, dass dieses Jahr keine Mittel für die Arbeiten an dem ISO-Leitfaden zur Verfügung gestellt werden, da der Antrag auf Förderung zu spät gestellt worden sei. Die deutschen Wirtschaftsverbände setzen dem Projekt Widerstand entgegen. Ohne Fördergelder werden die Kosten auf alle Beteiligten verteilt, dann könne sich nur noch die Wirtschaft die Normung leisten und Gruppen wie NGOs und Wissenschaft blieben außen vor, so K. Ankele vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.

BDI verteidigt Dienstleistungsrichtlinie. HB, Do, 3.3.05.

In den Entscheidungsgremien der EU findet die von der EU-Kommission geplante Dienstleistungsrichtlinie keine Mehrheit mehr. Die CDU schlägt inzwischen auch vor, eine „Positivliste“ mit jenen Bereichen zu definieren, in denen das Herkunftslandprinzip angewendet werden könnte. In sozialpolitisch relevanten Kernfeldern soll laut dem CSU-Abgeordneten weiterhin das Bestimmungslandprinzip gelten. Entsprechend ärgerlich reagierte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). „Eigendynamik und Rechtssicherheit des Kommissionsvorschlags gehen verloren“, warnt ein BDI-Sprecher. *Presseauswertung: rst*

Gesetz zur Änderung des Versammlungsrechts blendet Potsdamer Abkommen aus.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches gegen die Zunahmen rechtsextremer Aktivitäten hat den Bundestag in der ersten Klippe überwunden und kommt jetzt in die zweite Lesung.

Die Überlegung, unterhalb eines Verbots durch eine Gesetzesinitiative tätig zu werden, ist grundsätzlich begrüßenswert, aber auch nicht neu.

Hatte nicht die PDS-Bundestagsfraktion unter Federführung der damaligen Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke bereits im Jahre 2000 mit der Bundestagsdrucksache 14/3309 einen Antrag eingebracht? Dieser Gesetzentwurf sah die Einführung eines §86b im Strafgesetzbuch vor:

„Verherrlichung verbotener nationalsozialistischer Organisationen.

Mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine der im Potsdamer Abkommen, durch das Nürnberger Militärtribunal oder durch Gesetze der Alliierten Siegermächte verbotenen nationalsozialistischen Organisationen in Wort, Ton oder Bild verherrlicht.“

Dieser Gesetzentwurf fand im Bundestag keine Mehrheit. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen lehnte eine Gesetzesänderung ab.

Der Unterschied zum jetzigen Gesetzentwurf von Rot-Grün ist schon beträchtlich, weil der Bezug auf die Gesetze der Alliierten Siegermächte und zum Potsdamer Abkommen komplett ausgeblendet wird. Aber nur ein solcher Bezug würde eine umfassende strafrechtliche Handhabe gegen Nazi-Propaganda ermöglichen. Zum Beispiel wäre das Rufen der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ dann nicht mehr möglich, weil die Waffen-SS in diesen Abkommen als verbrecherische Organisation eingestuft wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf von Rot-Grün bezieht sich dagegen auf den §6 des Völkerstrafgesetzbuches des Internationalen Strafgerichtshofs.

Zwar bezieht sich Punkt 1 ausdrücklich auf den Nationalsozialismus und indirekt auf das Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofes, aber die Alliierten Kontrollratsbestimmungen und das Potsdamer Abkommen sind ausgeblendet.

Der Punkt 2 kann auch auf die Verherrlichung von Völkermord z.B. in Jugoslawien angewandt werden.

Artikel 2 Absatz 3 aus dem Gesetzentwurf: „Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

öffentlich oder in einer Versammlung eine Handlung im Sinne von §6 Abs.1 des Völkerstrafgesetzbuches,

1. die unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft begangen wurde, billigt, rechtfertigt, leugnet oder verharmlost oder

2. die unter einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft begangen wurde, soweit die Handlung durch die rechtskräftige Entscheidung eines internationalen Gerichts, dessen Zuständigkeit die Bundesrepublik Deutschland anerkannt hat, festgestellt ist, billigt, rechtfertigt, leugnet oder gröblich verharmlost.“

Sicher sollte man die Verherrlichung auch dieser Gräueltaten ächten. Nur wird hier die Tür geöffnet, den besonderen Terror des Hitlerfaschismus mit anderen Terrorherrschaften auf eine Stufe zu stellen. Dies sollte man in der Bundesrepublik auf keinen Fall tun und den Nazis auch nie erlauben. Denn eines ist historisch erwiesen: Die industrielle Vernichtung von Millionen von Juden, Linken, Behinderten und vielen anderen Opfergruppen ist und bleibt in der Geschichte ein einmaliges Ereignis.

Genau das aber wollen die Nazis im ersten Schritt in Frage stellen. Auschwitz soll von einem Vernichtungslager zu einem Gefängnis uminterpretiert werden. In der zweiten Lesung im Deutschen Bundestag werden jetzt CDU und CSU versuchen, den Gesetzentwurf von Rot/Grün noch weiter zu verwässern. Deshalb sollten die PDS-Abgeordneten, aber auch alle antifaschistischen Kräfte, versuchen, den antifaschistischen Begründungszusammenhang, wie er im Artikel 139 GG, den Alliierten Kontrollratsgesetzen und dem Potsdamer Abkommen entwickelt wurde, in die Diskussion zu bringen.

Faschismus ist eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen! *Jörg Detjen*

Beweg Dich – damit sich was bewegt

solid, die unabhängige Jugendorganisation der PDS beteiligt sich an der Kampagne aufmucken-gegen-rechts. Im Mittelpunkt der Kampagne steht eine CD gegen Rechts. Auf der Internetseite wird das Projekt beschrieben:

„Wenn braunes Gedankengut immer mehr AnhängerInnen findet, wenn in Sachsen die NPD bei der Landtagswahl 9,2 % der Stimmen bekommt, wenn jederR fünfte der JungwählerInnen NPD oder DVU wählen, wenn „AusländerInnen“

auf der Straße zusammengeschlagen werden und Neonazis an Schulen versuchen Nachwuchs anzuwerben – dann wird es höchste Zeit aktiv zu werden!“

Mitte des Jahres 2004 kündigten Naziorganisationen an, eine CD mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ zu veröffentlichen. Diese CD soll vor Schulen verteilt werden, um Jugendlichen rechte Propaganda auf musikalische Weise näher zu bringen und sie so langfristig an die rechte Szene und Organisationen zu binden.

Auch aus diesem Grund hat [‘solid’] – die sozialistische Jugend in enger Kooperation mit den Gewerkschaftsjungen und Stiftungen, die Initiative ergriffen, um mit „Aufmucken gegen Rechts – Beweg dich, damit sich was bewegt!“ ein antifaschistische Offensive gegen rechte Jugendkultur zu starten.

Mittelpunkt des Projektes ist eine CD mit Songs von namhaften KünstlerInnen. Ein weiterer Bestandteil sind Broschüren, Materialien, Infoveranstaltungen und Konzerte. Wir wollen hier über die Hintergründe der Neonazi-CD informieren, ihre menschenverachtenden Inhalte entlarven, unsere Kampagne vorstellen und praktische Tipps geben, was mensch gegen die neonazistische Hetze tun kann. Werde mit Freunden selbst aktiv, macht was in eurer Schule, in eurer Stadt.“

Quelle:

www.aufmucken-gegen-rechts.de

Die „**Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit**“ hat Probleme mit dem trotzkistischen SAV. Das ND berichtet:

„Auslöser ist ein Beschluss des Wahlalternative-Vorstandes, in dem ‚Funktionärsträger und Kandidaten auf den Listen der ASG, die gleichzeitig der SAV angehören‘, aufgefordert werden ‚aus der SAV auszutreten‘. Und das, obwohl Doppelmitgliedschaften nach Wahlalternative-Satzung noch bis Ende des Jahres möglich sind. Während man bei der SAV von einer ‚Zwei-Klassen-Mitgliedschaft‘ spricht und das Ende ‚der Ausgrenzung von SozialistInnen‘ fordert, geht dem bundesweit prominentesten ASG-Vorstand, dem Schweinfurter IG-Metall-Funktionär Klaus Ernst, der Beschluss offenbar noch nicht weit genug. In einem Brief an die Vorstands-Kollegen spricht Ernst, der einen Teil des gewerkschaftlichen Lagers in der ASG hinter sich weiß, sogar von

einem möglichen Scheitern der Wahlalternative.“

Zusammenstellung:jöd

aufmucken gegen rechts



Die AG Philosophie/Soziologie hat beschlossen, in ihrem nächsten Kurs im August 2005 interkulturelles Zusammenleben zum Thema zu machen. Zur Vorbereitung stellen wir in lockerer Folge verschiedene Romane und Autoren vor, die aus unterschiedlichen Perspektiven Fragestellungen aufarbeiten bzw. zu ihnen hinführen. Weitere Beiträge oder Hinweise sind sehr erwünscht.

Eva Detscher, Christiane Schneider

Lektüreempfehlung

Joseph Conrad, Herz der Finsternis, neu gelesen

Als der belgische König Leopold vor nur einem Jahrhundert, 1908, gezwungen wurde, seine bis dahin private Kolonie Kongo an den belgischen Staat abzutreten, war die Bevölkerung des afrikanischen Landes gegenüber dem Beginn des Kolonialregimes 1885 um schätzungsweise 10 Millionen geschwunden. In der kurzen Zeitspanne von nicht einmal zweieinhalb Jahrzehnten waren Millionen ermordet, zu Tode gearbeitet, in Folge der Zwangsarbeit, der Ausplünderung des Landes, der Vertreibung aus ihren Dörfern und der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen an Hunger, Entkräftung, Krankheiten, Obdachlosigkeit gestorben; zudem war die Geburtenrate dramatisch gesunken.¹

Auf die erste große Massenbewegung in Europa und den USA gegen die Gräueltaten des Kolonialismus, die sich gegen das Regime Leopolds in Kongo richtete und den belgischen König schließlich zur Abtretung zwang², hatte wohl auch ein Roman Einfluss ausgeübt. Adam Hochschild, der erstmals den Völkermord im Kongo umfassend untersuchte und darstellte, bezeichnet den 1899 erschienenen Kurzroman „Herz der Finsternis“ von Joseph Conrad als „eine der vernichtendsten Anklagen gegen den Imperialismus in der gesamten belletristischen Literatur“.³ Kritikern gilt „Herz der Finsternis“ als einer der größten Kurzromane der europäischen Literatur. Jüngst erst hat ihn die Süddeutsche Zeitung in ihre Bibliothek der 50 großen Romane des 20. Jahrhunderts aufgenommen.⁴

Joseph Conrad selbst hat hervorgehoben: „Das ‚Herz der Finsternis‘ ist Erleben, ... ein bisschen (und nur ein ganz kleines bisschen) über die eigentlichen Fakten des Falles hinaus abgewandelt.“⁵



1890 hatte Conrad, ein gebürtiger Pole aus dem ukrainischen Berditschew, der damals noch Józef Teodor Konrad Korzeniowski hieß, nach einem Jahrzehnt Dienst als Schiffsoffizier in der britischen Marine bei einer belgischen Handelsgesellschaft als Offizier eines Dampfbootes angeheuert, das den Kongo befuhr. Er führte während seines sechsmonatigen Aufenthaltes Tagebuch. Acht Jahre später verarbeitete er die Erfahrungen seines Kongo-Aufenthaltes in „Herz der Finsternis“.

In seinem Roman lässt Conrad einen fiktionalen Erzähler – Marlow – bei einer kontinentalen Elfenbeinhandelsgesellschaft anheuern, um in der afrikanischen Kolonie ein Dampfboot einen namenlosen Fluss bis tief ins Landesinnere hinaufzusteuern. Zielort ist eine Niederlassung, in der der äußerst erfolgreiche Handelsagent Kurtz stationiert ist, der mit blutigen Methoden gewaltige Mengen Elfenbein zusammengegräht hat.

Von dieser Fahrt gibt Marlow, fast schon beiläufig, dadurch um so eindrucksvollere Schilderungen von der Entvölkerung des Landes, von der Qual der Zwangsarbeit beim Eisenbahnbau und vom Massensterben der Afrikaner.

„Ein leises Klirren hinter mir ließ mich den Kopf wenden. Sechs Schwarze mühten sich in einer Reihe den Pfad hinauf. Sie schritten aufrecht und langsam einher, balancierten kleine Körbe voll Erde auf den Köpfen, und das Klirren hielt Takt mit ihrem Schritt. Schwarze Lappen waren um ihre Lenden gewickelt, und die hinteren Zipfel bewegten sich wie wackelnde Schwänze. Ich konnte alle ihre Rippen zählen; die Gelenke ihrer Gliedmaßen waren wie Knoten in einem Seil; jeder hatte einen eisernen

Ring um den Hals, und sie waren alle durch eine Kette miteinander verbunden, die zwischen ihnen, rhythmisch klirrend, hin und her schwang. (...) Ihre mageren Brustkörbe keuchten, die wild geblähten Nüstern bebten, die Augen starrten steinern den Hügel hinan. Sie schritten im Abstand von kaum sechs Zoll an mir vorüber, ohne mir einen Blick zuzuwerfen, mit dieser vollkommenen, totenähnlichen Gleichgültigkeit unglücklicher Wilder.“ (S. 24f.)

„Schwarze Gestalten kauerten, lagen, saßen ringsumher zwischen den Bäumen, an die Stämme gelehnt, sich an die Erde klammernd, halb sich abzeichnend in dem trüben Licht, halb davon verwischt, in allen Stellungen des Schmerzes, der Preisgegebenheit, der Verzweiflung. Auf den Klippen explodierte wieder eine Sprengladung, und durch den Boden unter meinen Füßen lief ein leises Beben. Die Arbeit ging weiter. Die Arbeit! Und dies war der Ort, wohin sich einige der Helfer zurückgezogen hatten, um zu sterben. Sie starben langsam, das war sehr deutlich. Sie waren keine Feinde, sie waren keine Verbrecher, sie waren nichts Irdisches mehr – nichts als schwarze Schatten der Krankheit und des Hungers, die durcheinandergeworfen in der grünlichen Düsternis lagen. Herangeschleppt aus allen Schlupfwinkeln der Küste, mit der ganzen Rechtmäßigkeit zeitlicher Verträge, verloren in einer unfreundlichen Umgebung, versorgt mit unzulänglicher Nahrung, begannen sie dahinzusiechen, sie wurden arbeitsunfähig und erhielten die Erlaubnis davonzukriechen, um sich auszuruhen.“ (S. 27)

Marlow zieht es zu dem ihm unbekannten, geheimnisumwitterten Kurtz. Kurtz bleibt in der Erzählung wie hinter einem Vorhang, auch als ihn Marlow endlich erreicht und den Schwerkranken mit zurücknimmt. Kurtz stirbt noch auf der Rückfahrt: „Flüsternd schrie er einem Bild, einer Vision zu – zweimal schrie er, ein Schrei, der nicht mehr war als ein Hauch: ‚Das Grauen! Das Grauen!‘“ Gerade dadurch, dass die Kurtz’ Gestalt vage bleibt, gelingt es Conrad, Schicht um Schicht dieser furchtbaren kolonialen Existenz freizulegen, diese Mischung aus Abenteurer und Intellektuellem (Kurtz betätigt sich u.a. als Maler, Dichter, Journalist), aus Mordlust, Raffgier, Wahnsinn, Begierde, Charisma, Sentimentalität, Menschenverachtung und Verzweiflung. Kurtz hat für die Internationale Gesellschaft zur Unterdrückung primitiver Bräuche einen Bericht verfasst, „siebzehn engbeschriebene Seiten“, über den Marlow berichtet:

„Er vermittelte mir die Vorstellung einer fremdartigen Unermesslichkeit, die von erhabener Güte beherrscht

wird. Es ließ mich vor Begeisterung erzittern. Dies war die unbegrenzte Macht der Beredsamkeit – der Worte – glühender, edler Worte. Da gab es keine praktischen Hinweise, die den Zauberfluss der Rede unterbrochen hätten, wenn nicht eine Art Fußnote auf der letzten Seite, die offensichtlich viel später und mit unsicherer Hand hingekritzelt worden war, als eine methodische Anleitung betrachtet werden kann. Sie war sehr einfach, und am Ende dieses bewegenden Appells an alle uneigennützigen Gefühle flammte sie einem entgegen, strahlend und erschreckend – wie ein Blitz aus heiterem Himmel: „Rottet all diese Bestien aus!“ (S. 81f.)

Hochschild weist überzeugend nach, dass die Romanfigur des Kurtz von einer Reihe leibhaftiger Kolonialisten inspiriert war, vor allem von einem gewissen Léon Rom, mit dem Conrad im Kongo auch zusammengetroffen sein dürfte.⁶ Rom war belgischer Hauptmann im Kongo, der malte, u.a. ein Buch verfasste mit dem Titel „Le Nègre du Congo“, in dem er sich in einem Kapitel auch über den „Neger im Allgemeinen“ auslässt und das im Tonfall dem Kurtzschen Bericht für die Internationale Gesellschaft zur Unterdrückung primitiver Bräuche ähnelte, und Menschenköpfe sammelte – wie Kurtz.

„Scheuklappen der Xenophobie“

Doch trotz der vernichtenden Kritik an den brutalen kolonialen Ausplünderungsmethoden, trotz der eindrucksvollen Schilderungen der Qualen der Unterworfenen, die Sicht Marlows, und damit Conrads, bleibt beschränkt.

Marlow hebt mit seiner Erzählung an während eines Segeljacht-Ausflugs auf der Themse nahe der Mündung, zu der ein Direktor von Handelsgesellschaften geladen hat. Die Stimmung dieser Gesellschaft, die den „lichterfüllten Raum“ der Themsemündung vor sich sieht, schildert Conrad so: „Welche Größe trieb nicht mit der Ebbe jenen Flusses in das Rätsel der unbekannten Welt hinaus! ... Die Träume der Menschen, der Same von Nationen, der Keim zu Weltreichen.“ In dieser Stimmung beginnt Marlow seine Erzählung mit einer Parallele. Er erinnert an die Zeit, als Britannien, damals noch „einer der dunklen Plätze der Erde“, durch die Römer erobert wurde, durch römische Legionäre, Präfecten, Steuereinnahmer und in ihrem Gefolge „rechtschaffene junge



Zwei Jugendliche aus dem Äquatorialbezirk. Sitzend Mola; seine Hände wurden durch Wundbrand zerstört, nachdem ihm Soldaten zu enge Fesseln angelegt hatten. Stehend Yoka; seine rechte Hand wurde ihm von Soldaten abgeschlagen, die ihn als Getöteten mitzählen wollten. Bei Strafexpeditionen gegen Dörfer, die sich der Zwangsarbeit widersetzen, wurde von den Offizieren verlangt, als Beweis für jede Tötung eine abgeschnittene Hand zurückzubringen.

Bürgermann(en)“, die aus dem Licht kommend im Sumpf landen, „von der Barbarei, der reinsten Barbarei umgeben – dem ganzen geheimnisvollen Leben der Wildnis, das sich da regt im Wald, im Dickicht, im Herzen der Wilden. (...) Das Faszinierende des Gräulichen, wisst ihr –, denkt nur an die wachsende Reue, an die Sehnsucht, von hier fortzukommen, den ohnmächtigen Abscheu, das Ausgeliefertsein, den Hass.“ (S. 10)

Mit dieser auf Kurtz und Seinesgleichenweisenden Parallele setzt Conrad zugleich den Unterschied:

„Wohlgemerkt ..., keiner von uns hätte genau dieses Gefühl gehabt. Was uns rettet, ist der Nutzeffekt – die Vergötterung des Nutzeffekts. Aber diese Burschen taugten im Grunde nicht viel. Sie waren keine Kolonisten; ihr Verwalten war lediglich ein Aussagen und sonst nichts, fürchte ich. Sie waren Eroberer, und dazu bedarf es nichts als roher Gewalt – nichts, dessen man sich rühmen dürfte, da die eigene Stärke bloß ein Akzidens ist, das aus der Schwäche der anderen resultiert. Sie rissen an sich, was sie konnten, nur darauf bedacht, sich nichts entgehen zu lassen. Es war schlicht Raub unter Gewaltanwendung, Mord unter erschwerenden Umständen in großem Stil ... Die Eroberung der Welt, die im Wesentlichen darauf hin-

ausläuft, dass man sie denen fortnimmt, die eine andere Hautfarbe oder etwas plattere Nasen als wir haben, ist, genau besehen, nichts Erfreuliches. Was mit ihr versöhnt, ist die Idee allein. Eine Idee steht fraglos hinter ihr; kein sentimentaler Anspruch, sondern eine Idee; und ein selbstloser Glaube an die Idee – etwas, das man aufrichten, vor dem man sich verneigen, dem man Opfer bringen kann.“ (S. 10f.)

Die „Idee“ der imperialen Herrschaft der europäischen über die nicht-europäische Welt bleibt, so scheint es, trotz der schroffen Diskrepanz zur ihrer Praxis bei Conrad unangefochten. Dafür sprechen nicht nur die verstreuten Hinweise des Erzählers, die das britische Empire vom belgischen Kolonialismus abzuheben versuchen.⁷ Dafür spricht vor allem seine Beschreibung der Afrikaner, die vor allem eines dokumentiert: das Gefühl einer wie selbstverständlich vorausgesetzten, nicht in Frage gestellten Überlegenheit des weißen Europäers gegenüber dem schwarzen „Wilden“, die jenen zum Herrschen und die seinen eigenen Besten zum Beherrscht-Werden bestimmt. Über seinen Heizer zum Beispiel berichtet Marlow:

„Und zwischendurch musste ich noch auf den Wilden aufpassen, der heizte. Er war ein veredeltes Exemplar; er konnte einen Kessel bedienen. Er arbeitete dort unter mir, und auf mein Wort, ihm zuzusehen war so possierlich, wie es der Anblick eines Hundes ist, der, mit Hosen und Federhut bekleidet, auf seinen Hinterbeinen geht. (...) Eigentlich hätte er dort am Ufer in die Hände klatschen und mit den Füßen stampfen sollen; stattdessen verrichtete er harte Arbeit, ein Sklave fremder Zauberkunst, voller veredelnder Kenntnisse. Er war zu gebrauchen, weil er unterwiesen worden war; ...“ (S. 60)

Einer der großen Schriftsteller Afrikas in der Gegenwart, Chinua Achebe, hat in einem bitteren Aufsatz⁸ darauf hingewiesen, dass es, bis auf zwei Ausnahmen, nicht Conrads Absicht gewesen ist, „den ‚rudimentären Seelen‘ Afrikas eine Sprache zuzubilligen“.⁹ An einer Stelle erzählt Marlow seinen Zuhörern:

„Aber plötzlich ... konnte es sein, dass sich uns ein flüchtiger Blick auf Schilfwände, auf spitze Grasdächer öffnete, auf wildes Gezeter, ein Gequirl von schwarzen Gliedmaßen, eine Masse klatschender Hände, stampfender Füße, schwankender Leiber, rollender Augen ... Der Dampfer arbeitete sich weiter am Rande der schwarzen und unverständlichen Raserei hin.“ (S. 58)

„Wir waren vom Verständnis unserer Umgebung abgeschnitten“, lässt Conrad Marlow sagen. „Wir konnten nichts verstehen, weil wir zu weit voraus waren ...“ (S. 58) Gerade dass er die Afri-

kaner noch der Menschheit zurechnet:

„Es war unirdisch, und die Menschen waren ... Nein, sie waren nicht unmenschlich. Wisst ihr, das war das Schlimmste – dieser Verdacht, sie seien nicht unmenschlich. Er drängte sich einem langsam auf. Sie heulten und hüpfen und drehten sich um sich selbst und schnitten fürchterliche Grimassen; doch was einen schaudern ließ, das war gerade der Gedanke an ihre Menschlichkeit – unserer gleich –, der Gedanke an unsere entfernte Verwandtschaft mit diesem wilden und leidenschaftlichen Aufruhr. Hässlich.“ (S. 58f.)

Was Conrad und die Welt, aus der er kommt und für die er schreibt, vom „Verständnis unserer Umgebung“ abschneidet, ist aber etwas ganz anderes als die behaupteten Unterschiede zwischen weißen Europäern und Afrikanern. Es sind die „Scheuklappen der Xenophobie“, wie Achebe zu Recht kritisiert, des Rassismus. Die Vorstellung von der „Ungleichheit der Rassen“ – so der Titel des berühmten Buchs von Gobineau, das wenige Jahrzehnte zuvor erschienen war – und der Inferiorität vor allem der Schwarzen war im 19. Jahrhundert in Europa und den USA zu einer Kolonialismus und Imperialismus legitimierenden Ideologie ausgearbeitet und pseudowissenschaftlich untermauert worden. Sie gehörte zum festen Bestandteil eines übergreifenden, weit reichenden gesellschaftlichen Konsenses.

Aber es gab auch Gegenpositionen, eine sich entwickelnde, zunehmend auch wissenschaftlich fundierte Kritik am Rassismus.¹⁰ Es soll an dieser Stelle ausdrücklich erwähnt werden, dass schon früh Afrikaner wie Edward Wilmot Blyden (1832–1912) oder James Africanus B. Horton (1835–1883)¹¹ oder Afroamerikaner wie W.E.B. Du Bois (1868–1963) mit der Ausarbeitung fortgeschritten antirassistischer Positionen nicht nur Widerstand stützten, sondern auch Brücken für interkulturelle Verständigung zu schlagen versuchten – ohne zunächst viel Gehör zu finden.

Ahnung des Verlustes

An nur einer Stelle lässt Conrads Erzähler Marlow Interesse daran erkennen, was der europäische Einfall in den afrikanischen Kontinent bei dessen Bewohnern auslöst oder auslösen könnte. Er stellt sich, auf verquere Art, die Frage, warum die Afrikaner keinen Widerstand leisten. Marlow schildert, wie die „schwarzen Burschen“ der Besatzung des Dampfboots fast verhungerten, weil sie kein Essen, sondern Messingdraht bekamen, das sie in den Dörfern am Strom gegen Nahrungsmittel hätten tauschen sollen, aber nicht konnten, weil das Dampfboot nicht anlegte, er schildert das also und wundert sich:

„Warum sie sich im Namen aller am Hungertuch nagenden Teufel nicht an

uns hielten – sie waren dreißig gegen fünf – und es sich wenigstens einmal tüchtig schmecken ließen ... Sie waren große, kräftige Männer, denen es nicht eigentlich gegeben war, die Folgen ihres Tuns in Betracht zu ziehen – Männer voll Tapferkeit und Stärke, auch jetzt noch, da ihre Haut stumpf geworden und ihre Muskeln nicht mehr hart waren. Ich erkannte, dass hier etwas Hemmendes im Spiel war, eines jener menschlichen Geheimnisse, die aller Wahrscheinlichkeitsrechnung spotten.“ (S. 67)

Eigentlich ist nicht davon auszugehen, dass Conrad die Aufstände gegen die europäischen Kolonialherren in verschiedenen Regionen Afrikas unbekannt geblieben sind. Im Kongo selbst gab es zu damaliger Zeit mehrere, zum Teil über viele Jahre andauernde, Aufstände verschiedener Stämme und Meutereien von schwarzen zwangsrekrutierten Soldaten, Trägern und Helfern im Dienste der Kolonialmacht.¹² In den heutigen Ländern Mali, Elfenbeinküste, Zimbabwe, Namibia z.B. verteidigten Afrikaner Ende des 19. Jahrhunderts souveräne, autozentrierte politische Systeme gegen das Eindringen der britischen, französischen, deutschen Kolonisatoren.¹³ Anzunehmen ist aber, dass diese Aufstände in der herrschenden eurozentrierten Sichtweise als Zwischenfälle erscheinen konnten, die den Gang der Geschichte höchstens aufhalten, und dass sie nicht als Vorboten einer Entwicklung verstanden wurden, die schließlich dem Kolonialismus das Ende bereitet.

In vieler Hinsicht waren Conrad und seine Romanfiguren Produkte ihrer Zeit. Edward Said, mit der Erfahrung kolonialer Herrschaft vertraut, setzt sich ausgiebig mit dem Roman und seinem Beitrag zur Legitimation eines imperialen Lebensstils in den Metropolen auseinander¹⁴, arbeitet aber zugleich heraus, dass Conrad aufgrund seiner großartigen Fähigkeiten seiner Zeit in gewisser Weise auch voraus war. So gibt es z.B. hinter dem Erzähler Marlow einen weiteren Erzähler, dadurch entsteht eine Distanz zum Erzählten und gelingt es Conrad, die Zukunft offen zu halten.

Said schreibt: „Da Conrad zeigen kann, dass alle menschliche Tätigkeit von der Kontrolle einer instabilen Realität abhängt, der Worte nur durch Willen oder Konvention nahe kommen, zeigt er dasselbe auch für das Imperium und so fort. Bei Conrad bewegen wir uns in einer Welt, die mehr oder weniger fortwährend gemacht und zugleich rückgängig gemacht wird. Was stabil und sicher erscheint – beispielsweise der Polizist an der Ecke –, ist nur wenig sicherer als der weiße Mann im Dschungel und erfordert denselben fortgesetzten (aber widerruflichen) Triumph über eine alles durchdringende Dunkelheit, die sich gegen Ende der Erzählung als

dieselbe für London und Afrika erweist.

Conrads Genie ließ ihn gewahr werden, dass die allgegenwärtige Dunkelheit kolonisiert oder erhellt werden konnte ... Conrads tragische Begrenztheit rührt daher, dass er, obwohl er den Imperialismus als Überwältigung und Landannexion erkannte, nicht den Schluss zu ziehen vermochte, dass er zu Ende gehen musste, damit die ‚Eingeborenen‘ frei von europäischer Dominanz leben konnten.“ (S. 68f.)

Diese Widersprüchlichkeit oder besser Zwiespältigkeit berührt und beunruhigt während des ganzen Romans. Selbst in den hier im Abschnitt „Scheuklappen der Xenophobie“ zitierten Passagen schwingt Trauer mit und die Ahnung des Verlustes, den Rassismus und Kolonialismus dem Kolonisierten wie dem Kolonisierer zufügen. scc

1 Nach: Adam Hochschild, Schatten über dem Kongo, Stuttgart 2000

2 In England z.B. fanden im Jahr 1907 fast 300 Versammlungen gegen Leopolds Kolonialregime im Kongo mit jeweils bis zu 5000 Teilnehmern statt. Diese Massenbewegung war es schließlich, die den Leopold zwang, seine Privatkolonie aufzugeben. Nach: Adam Hochschild, a.a.O.

3 a.a.O., S. 226.

4 Joseph Conrad, Herz der Finsternis, Süddeutsche Zeitung / Bibliothek, Lizenzausgabe München 2004, ISBN 3- 937793-18-6, 4,90 Euro. Im Folgenden wird nach dieser Ausgabe zitiert.

5 Zitiert nach Hochschild, a.a.O., S. 222.

6 Hochschild, a.a.O., Kapitel 9, Begegnung mit Mr. Kurtz.

7 Bemerkenswert ist auch, dass Conrad in der Zeit, in der er an „Herz der Finsternis“ arbeitete, sein Geld in einer Goldmine bei Johannesburg anlegte.

8 Chinua Achebe, Rassismus in Conrads Herz der Finsternis, in: ders., Ein Bild von Afrika, Essays, Berlin 2000.

9 An einer Stelle billigt Conrad den „Wilden“ auf seinem Dampfboot eine Sprache zu: „Fang ihn,“ stieß er hervor, während sich seine blutunterlaufenen Augen weiteten und die scharfen Zähne blitzten – „fang ihn. Gib ihn uns.“ „Dir?“ fragte ich, „was willst du mit ihm anfangen?“ „Aufessen!“ sagte er schroff ...“ (S. 66) Als zweite Ausnahme lässt Marlow den „Boy des Direktors“, der „seinen dreisten schwarzen Kopf zur Tür herein“ steckt, im „Ton schneidender Verachtung“ sagen: „Mistah Kurtz – er tot.“ (S. 113) Achebe kritisiert diese beiden Ausnahmen als „einige seiner (Conrads) besten Beleidigungen, a.a.O.

10 Einen kurzen Abriss gibt z.B. Imanuel Geiss, Geschichte des Rassismus, Frankfurt a.M. 1988.

11 Eine lesenswerte Würdigung von Horton findet sich in dem Aufsatz von Arno Sonderegger, J. Africanus B. Horton's The Negro's Place in Nature (1869) – eine frühe Antwort auf den ‚wissenschaftlichen Rassismus‘ des 19. Jahrhunderts, in: Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien 4/2002, Jg. 2, Download unter: http://www.univie.ac.at/ecco/stichproben/Nr_4_Sonderegger.pdf

12 S. Hochschild, a.a.O., S. 196ff.

13 S. Franz Ansprenger, Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert, München 1999, S. 11ff.

14 Edward Said, Kultur und Imperialismus, Frankfurt a.M. 1994. Leider ist das Buch derzeit vergriffen.

27 ehemalige Diplomaten aus West- und Ostdeutschland (BRD und DDR) mahnen Umorientierung auf eine friedliche Konfliktregelung an

„Die Politik des vorrangigen Einsatzes militärischer Mittel hat die Welt nicht friedlicher, sondern unsicherer gemacht“

Wir verwiesen in der letzten Ausgabe dieser Zeitung (S. 7) auf einen Brief, den 27 ehemalige Botschafter der früheren DDR und der alten BRD am 17. Februar 2005 an den Präsidenten des Europäischen Parlaments geschrieben haben. Im Folgenden dokumentieren wir den Brief. Quelle: www.friedensrat-schlag.de

Präsident
des Europäischen Parlaments
Herrn Josep Borrell Fontelles
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Berlin, den 17. Februar 2005

Sehr geehrter Herr Präsident,
als Diplomaten, die über Jahrzehnte im Nahen und Mittleren Osten sowie in der internationalen Politik tätig waren und denen die Bewahrung von Frieden und Sicherheit am Herzen liegt, wenden wir uns aus tiefer Besorgnis um den zunehmend konflikthafter und friedensbedrohlichen Zustand, in dem sich gegenwärtig das Verhältnis des Westens zur islamischen Welt befindet, an Sie, Herr Präsident, und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Bereits seit Jahren zeichnet sich ab, dass der Westen mit seiner Außen- und Sicherheitspolitik bisher nicht imstande ist, auf das zunehmende Phänomen des Islamismus als Oberbegriff für vielgestaltige und differenzierte politische Bewegungen in den islamischen Ländern – inzwischen auch in Europa selbst präsent – eine solche strategische Antwort zu finden, die langfristig dem friedlichen Zusammenleben der Völker von Orient und Okzident dient. Vieles deutet im Gegenteil darauf hin, dass der von dem Harvardprofessor Samuel P. Huntington heraufbeschworene „clash of civilizations“ Realität werden könnte. Nicht weil das unvermeidbar wäre, sondern eher deshalb, weil die westliche Politik in den islamischen Ländern als Versuch der Beherrschung der Naturressourcen dieser Region, als Dominanzstreben, als Angriff auf tief verwurzelte Werte, moralische Normen und religiöse Gefühle empfunden wird, nicht zuletzt auch durch den Mangel an



Einfühlungsvermögen für den islamischen Kulturkreis. Wie sich viele Muslime vom Westen bedroht fühlen, so entwickeln auch dort viele Menschen unter dem Einfluss von Politik und Medien gegenüber dem Islam ein Feindbilddenken.

Nach dem Urteil von UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat die bisher verfolgte Politik einer Eskalation von Gewalt und Gegengewalt, des vorrangigen Einsatzes militärischer Mittel und westlicher Interventionen in islamischen Regionen und Staaten die Welt nicht friedlicher, sondern unsicherer gemacht. Es besteht kein Zweifel, dass Menschen vor Terrorismus zu schützen sind und dieser entschieden zu bekämpfen ist. Der einseitig militärisch dominierte Politik-Ansatz aber ist, wie der israelisch-palästinensische Konflikt, Afghanistan, Irak, Zentralasien und Tschetschenien zeigen, gescheitert. Er führte nur zu weiterem Zulauf für terroristische Netzwerke. Deshalb fordert die politische Vernunft, die bisherige Strategie kritisch zu überprüfen und zu revidieren. Ist es nicht an der Zeit, darüber nachzudenken, wie man zum Frieden kommt, wie friedliche Koexistenz zwischen dem Westen und der islamischen Welt langfristig gewährleistet werden kann?

Es beunruhigt uns zutiefst, dass für den „Krieg gegen den Terror“ kein Ende gedacht wird. In Abkehr von der wichtigsten Lehre Europas aus zwei Weltkriegen wird seit dem 11. September versucht, Krieg als Mittel der internationalen Politik zu rehabilitieren. Die europäischen Regierungen benötigten nur wenige Monate, um Programme, Mechanismen und Mittel für den Kampf gegen den Terrorismus auszuarbeiten. Doch fehlt noch immer ein Friedensent-

wurf. Die Friedensfrage gehört unseres Erachtens in das Zentrum der Diskussion, auch im Europäischen Parlament. Zu klären ist vor allem: Welche friedlichen, politisch-diplomatischen Auswege gibt es aus dem Dilemma des Krieges? Welche Alternativen bestehen zum gegenwärtig vorherrschenden Umgang mit Islamismus?

Sehr geehrter Herr Präsident, es sollte dem europäischen Parlament möglich sein, für das Verhältnis zur islamischen Welt einen Weg zu entwerfen und einzuschlagen, der zu einem Modus vivendi friedlicher Koexistenz führt. Die politischen und gesellschaftspolitischen Ziele der islamistischen Gesellschaftsopposition sind im Großen und Ganzen bekannt. Auch die wesentlichen strukturellen Ursachen gesellschaftlicher Unzufriedenheit und Spannungen liegen nicht im Dunkeln: Unterentwicklung im umfassenden Sinne, Reform- und Demokratisierungsdefizite sowie jene anti-westliche Grundstimmung, die auch vom Verhalten des Westens gegenüber der islamischen Welt genährt wird.

Für diese Ursachen und Zusammenhänge besteht in den politischen Kreisen der EU wachsendes Problembewusstsein. In der Außenpolitik von EU-Staaten gibt es Bestrebungen, den Konflikt mit Islam und der islamischen Welt nicht zuzuspitzen, sondern zu entspannen. Davon sollte ausgegangen werden, um den andauernden Zustand von Krieg und äußeren Interventionen sowie die Regelungskrise schnellst möglich zu überwinden, in der sich der Umgang mit dem Konflikt um den Terrorismus befindet. Dafür bedarf es alternativer Initiativen, die die Friedensfrage ins Zentrum der Diskussion rücken. Zu beraten ist, wie Europa zurück zum

Frieden kommt, welche Wege aus dem Terrorismusdilemma heraus führen sowie seiner weiteren Internationalisierung und Verstetigung vorbeugen.

Sehr geehrter Herr Präsident, Europa sollte sich auf eine lang anhaltende Periode einstellen, in der in islamischen Ländern politische Bewegungen ihre Forderungen religiös auf der Grundlage des Islam, nicht säkularistisch sondern islamistisch, artikulieren. Die bis in die europäische Kolonialepoche zurückreichende Dominanzdimension im Umgang des Westens mit der islamischen Welt ist Teil des historischen Prozesses, in dem die Grundlagen des heutigen Terrorismusdilemmas entstanden. Es wird eines langfristigen Prozesses bedürfen, sie auszuräumen. Doch dieser Prozess muss jetzt begonnen werden.

Für eine Umorientierung auf eine friedliche Konfliktregelung sehen wir konkrete Handlungsmöglichkeiten. Unmittelbare Ziele müssen die Überwindung des Kriegszustandes und der Übergang zu Vertrauensbildung sein. Dafür sollte kurzfristig und pragmatisch ein politisch-diplomatisches Instrumentarium entwickelt werden.

- Eine erste sofortige nichtmilitärische Handlungsdimension ist die fundierte Klärung, welche konkreten Streitfragen auszuräumen und welche politisch-diplomatischen Regelungsideen zu entwickeln sind, wie zwischen extremistischen und gemäßigten Islamisten differenziert werden kann, ob Gespräche und Vertrauensbildung möglich sind, mit wem und wie.
- Sofort realisierbar wäre die Demonstration europäischer Bereitschaft zum „Neuanfang“ im Verhältnis zur islamischen Welt. Die Anerkennung der Ganzheitlichkeit gemeinsamer Sicherheit, die Respektierung der jeweiligen zivilisatorischen Werte und Entwicklung bilden den Kern neu zu schaffender Beziehungen, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen. In der Gestaltung solcher Beziehungen, die nicht die Aufgabe jeweiliger Werte und Prinzipien bedeuten, hat Europa sowohl aus dem KSZE-, als auch dem europäischen Integrationsprozess Erfahrungen.
- Europa sollte für sofortige Entspannungsmaßnahmen gegenüber dem arabischen, west- und südwestasiatischen Raum eintreten. Für den Nahen Osten besitzen die unverzügliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts und die Beendigung der Okkupation Iraks Priorität. Für eine Irakregelung sollten aus dem arabischen Raum kommende Vorschläge europäische Unterstützung finden, wie sie der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amre Mussa, unterbreitete: Beendigung der Okkupation, Truppenabzug nach einem Zeitplan, Wiederaufbau Iraks (von den Irakern

selbst geplant und beschlossen), volle Selbstbestimmung ihrer Zukunft durch die Iraker selbst und nicht durch Fremde.

- Schließlich halten wir es für wichtig, das Zukunftsprofil europäischer Politik gegenüber dem islamischen Raum und dort stattfindenden gesellschaftspolitischen Prozessen neu zu bestimmen. Dazu gehört auch ein selbstkritisches Überprüfen eigener Fehler.

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir möchten Ihnen vorschlagen, dass sich das Europäische Parlament mit den von uns aufgeworfenen Sorgen, Fragen und Vorschlägen beschäftigt. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben den Abgeordneten des Europäischen Parlaments zur Kenntnis geben.

Wir erlauben uns, Kopien dieses Briefes an die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Fraktionen zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Arne C. Seifert

i.A. der Unterzeichner

Gezeichnet von:

Dr. Wolfgang Bator, Botschafter a.D.; Prof. Dr. Siegfried Bock, Botschafter a.D.; Klaus-Dieter Ernst, Botschafter a.D.; Dr. Werner Fleck, Botschafter a.D.; Wolfgang Grabowski, Botschafter a.D.; Prof. Dr. Horst Grunert, Botschafter a.D.; Dr. Jürgen Hellner, Botschafter a.D.; Norbert Jaeschke, Botschafter a.D.; Karl-Heinz Kern, Botschafter a.D.; Heinz Knobbe, Botschafter a.D.; Wolfgang Konschel, Botschafter a.D.; Roland Lindner, Botschafter a.D.; Günter Mauersberger, Botschafter a.D.; Peter Mende, Botschafter a.D.; Dr. Kurt Merkel, Botschafter a.D.; Dr. Bernhard Neugebauer, Botschafter a.D.; Otto Pfeiffer, Botschafter a.D.; Achim Reichard, Botschafter a.D.; Roland Lindner, Botschafter a.D.; Dr. Hans-Georg Schleicher, Botschafter a.D.; Manfred Schmidt, Botschafter a.D.; Freimut Seidel, Botschafter a.D.; Dr. Arne C. Seifert, Botschafter a.D.; Dr. Hans Voß, Botschafter a.D.; Ronald Weidemann, Botschafter a.D.; Erich Wetzels, Botschafter a.D.; Dr. Heinz-Dieter Winter, Botschafter a.D.

Leseempfehlung

„Staat im Exil“

Die Rede ist vom ANC, dem „African National Congress“, der größten nationalen Befreiungsorganisation in Südafrika. Tausende Mitglieder und Sympathisanten des ANC waren vor allem seit dem Verbot des ANC 1960 durch das südafrikanische Apartheid-System ins politische Exil gegangen. Die Zahl der in den benachbarten Frontstaaten (Tan-

zania, Zambia, Angola, Mosambik u.a.) und in Großbritannien lebenden politischen Exilanten wurde von der ANC-Führung auf zwischen 30 000 und 60 000 beziffert.

Als einen „Staat im Exil“ bezeichnete ein südafrikanischer Analytiker die Strukturen des ANC, der wie eine Regierung im Wartestand funktionierte. Das NEC (National Executive Committee) hatte seinen Sitz in Lusaka, von wo aus z.B. über 40 ANC-Repräsentanten in der ganzen Welt – oft mit diplomatischem Status – angeleitet wurden. Das waren weit mehr Auslandsvertretungen, als der isolierte Apartheid-Staat besaß. (Der Chief-Representative in der DDR, Anthony Mongalo, war nach 1990 Leiter des Sekretariats des Präsidenten des ANC, danach Botschafter in Italien.)

Hans-Georg Schleicher stellt fest, dass viele dieser Repräsentanten und ihre Mitarbeiter heute in der vom ANC dominierten Regierung Südafrikas tätig sind. Das betrifft auch eine große Zahl anderer Aktivisten aus dem früheren Exil. Der Autor der vorliegenden Studie über die Rolle der ehemaligen Exilanten in der ANC-Führung war – auch in seiner früheren Tätigkeit als DDR-Diplomat – über Jahrzehnte mit dem Exil Südafrikas befasst. Seine Haltung zum ANC und deren Exil genießen bei führenden Politikern in Südafrika Anerkennung und Respekt. In über 70 Interviews, die Schleicher vor allem im südlichen Afrika mit ehemaligen Exilanten führte, hat er deren Erfahrungen aufgearbeitet.

Nachdem der Autor, der in den letzten Jahren mehrfach Südafrika und Großbritannien bereiste und dort in Archiven recherchierte, den Sinn und die Methoden seiner Forschungen in einer längeren Einleitung darlegt, gliedert er seine Arbeit in vier Teile. Im ersten Teil untersucht er die Rolle und Bedeutung des Exils in Südafrika. Im zweiten Teil werden am Beispiel von biographischen Studien einzelner südafrikanischer Exilanten die Ausprägung von politischen Führungskräften hinterfragt. Im Teil III fließen Exilerfahrung in den beiden regionalen Exilzentren ein. Die nunmehr legale Rolle des ANC (seit 1990) bei der Herausbildung und Besetzung der neuen politischen Machtpositionen wird im vierten Teil analysiert. Das Buch soll demnächst auch in Südafrika verlegt werden. Es erhält besondere Bedeutung dadurch, da die hiesigen Massenmedien bedauerlicher Weise der demokratische Entwicklung im heutigen Südafrika viel zu wenig Platz einräumen.

Franz-Karl Hitzte

Hans-Georg Schleicher: Südafrikas neue Elite – Die Prägung der ANC-Führung durch das Exil / Institut für Afrika Kunde, Hamburg 2004, 367 Seiten, 7 Tab., 4 Schaubilder, Personenindex, Preis Euro 22, ISBN 3-928049-89-5

19. März, europaweit. *Demos gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus.* Aktionstag des Europäischen Sozialforums. Zentrale Demonstration in Brüssel.

3./4. April. Frankfurt. *Jahresversammlung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Vorbereitung der Mitgliederversammlung. Haus der Jugend, Deutscher Herrenufer 12, Beginn 12 Uhr. (ausführliche Ankündigung s. Pol. Ber. 4/2005)

9./10. April. Berlin. *Internationale Konferenz NS-Opfer entschädigen – Täter bestrafen.* Sie wird organisiert von Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (NRW), Support vor Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore/ Köln).

23./24. April. Köln. *Kommunalpolitische Konferenz der PDS.* (ausführliche Beschreibung: s. Pol. Berichte 4/2005). Anmeldung bitte bei: Alexander King, Tel. 030/24009 363, Fax 030/24009 624, alexander.king@pds-online.de. Jeder/jede angemeldete Konferenzteilnehmer/-in bekommt rechtzeitig per Email oder Post die Tagungsunterlagen zugeschickt.

6. Mai, Köln. *Bundesparteitag der FDP*

25. bis 29. Mai. Hannover. *Evangelischer Kirchentag*

17./18. Juni. *Strategiekonferenz der PDS.* Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien

21. bis 24. Juli. Erfurt. *Bundesweites Sozialforum.* In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Men-

schenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

3. Oktober. Bonn. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.*

9. Oktober. Hannover. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.*

14. November. Karlsruhe. *SPD-Bundesparteitag* (Vorstandswahlen)

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung

Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik

Tobias Ebbrecht: Die große Zerstreuung: Heimat-TV im deutschen Geschichtsfernsehen

Florian Weis: „Germans may have to face the choice between migration and massacre“ – Die britische Haltung zum Münchner Abkommen, zu Grenzziehung und Umsiedlung

Jana Mikota: Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

Velten Schäfer: Von der „Volksgeschichte“ zum „Spatial Turn“ – Umriss des NS-Tabus in der (west)deutschen Historikerschaft nach 1945

Florian Beck: Realpolitik und Hybris

Steffen Bockhahn: Die Beneš-Dekrete im Jahr 2004 – Stolperstein Tschechiens auf dem Weg in die EU?

Jörg Kronauer: Die Revision der Nachkriegsordnung in den Strategien des deutschen Revanchismus

Juliane Gilles: Die Wertung des „Münchner Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

Vorträge bei der historischen Fachtagung des Kurt Eisner Vereins für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, 7.5. bis 9.5.2004 im EineWeltHaus in München. Herausgegeben von der DTN-Redaktion, verantwortlich Renate Hennecke, und der Vorbereitungsgruppe der Tagung, verantwortlich Cornelia Fiedler.

DTN

Deutsch-Tschechische Nachrichten

Dossier

Nr. 5 Dezember 2004

Bestelladresse:

GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg

Tel.: 040 – 43 18 88 20
Fax: 040 – 43 18 88 21

eMail:
gnn-hhsh@hansenet.de

Preis 8 Euro
zzgl. Versandkosten

ISBN 3-938372-01-X

Anzeige der Coordination gegen Bayer-Gefahren

• Bücher
• Videos
• CD-Rom

WWW.J5A.net

[internet]versand

*j5A - just 5 Argumente:
zukunfts-fähig, engagiert, parteilich,
überzeugend, wirksam*

**[angeklickt
+ bestellt]**

Postfach 15 01 61
40078 Düsseldorf
eMail info@j5A.net

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Mai	NRW	Landtag	22.5.	5 Jahre
2006	Frühj.	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de